

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

5. Sitzung vom 14. Oktober 2002 • von 18.00 bis 21.45 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Urs Kuhn, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
40 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 21
Zweidrittelsmehr: 27

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Dieter Gerber, Vizeammann
Külling Harold, Gemeinderat
Meier Erwin, Gemeinderat
Meier René, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat
Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Mäder Werner, Bauverwalter
Kaufmann Gregor, Finanzverwalter
Laube Thomas, Chef Gemeindesteueramt
Hitz Ernesto, Schulsekretär
Joller Peter, Chef Soziale Dienste
Hartmann Peter, Gemeindeschreiber
Lüpold Werner, Betreibungsbeamter
Robert Müller, Stv. Chef Gemeindepolizei
Stalder Christoph, Tiefbauadjunkt

Breitschmid Hansruedi, Kdt Feuerwehr
René Williner, Mat.-Of. Feuerwehr
Josef Sachs, Präsident Schulpflege
Markus Stutz, Vizepräsident Schulpflege

Entschuldigungen

Traktanden:

1. **Eingänge und Mitteilungen**
2. **Bericht und Antrag 10030** betr. Ordentliche Einbürgerungen
3. **Bericht und Antrag 10032** betr. Bewilligung eines Bruttokredites von Fr. 1'050'000.-- für die Anschaffung eines Universal-Löschfahrzeuges ULF für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen
4. **Bericht und Antrag 10033** betr. Kreditbegehren von Fr. 90'000.-- für den Ersatz von Kanalisationsleitungen in der Zentralstrasse
5. Wahl einer Nachfolgerin / eines Nachfolgers von Adrian Hümbeli in den Vorstand der Regionalen Zivilschutzorganisation
6. **Voranschlag 2003** der Einwohnergemeinde Wohlen
7. **Motion 10018** betr. Erhöhung des finanziellen Beitrages zuhanden des Vereins für Jugend und Freizeit (VJF) zur Durchführung der offenen Jugendarbeit
8. **Motion 10019** betr. Indexierung des finanziellen Beitrages zuhanden der öffentlichen Jugendarbeit (VJF)

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, ich danke Ihnen für das pünktliche Erscheinen und erkläre die 5. Sitzung der laufenden Legislaturperiode als eröffnet. Als Gäste begrüsse ich:

- Hansruedi Breitschmid, Kdt. Feuerwehr
- René Williner, Mat.-Of. Feuerwehr
- Josef Sachs, Präsident der Schulpflege
- Markus Stutz, Vizepräsident der Schulpflege
- Christoph Stalder, Tiefbauadjunkt
- Werner Mäder, Bauverwalter
- Gregor Kaufmann, Finanzverwalter
- Thomas Laube, Chef Gemeindesteueramt
- Ernesto Hitz, Schulsekretär
- Peter Joller, Chef Soziale Dienste
- Peter Hartmann, Gemeindeschreiber
- Werner Lüpold, Betreibungsbeamter
- Robert Müller, Stv. Chef Gemeindepolizei

Ein herzliches Willkommen geht auch an die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne und wie immer an die Vertreter der Aargauer Zeitung und des Wohler Anzeigers. Besten Dank schon jetzt für die Berichterstattung.

Zuhanden des Protokolls stelle ich fest, dass die Sitzung gemäss § 8 des Geschäftsreglementes termingerecht und ordnungsgemäss einberufen wurde. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend, sodass der Rat rechtsgültig beschliessen kann. Entschuldigungen gingen keine ein. Folglich liegt das absolute Mehr bei 21, das 2/3-Mehr bei 27 Stimmen.

Eine Bemerkung in eigener Sache: Beim Traktandum 4 der Traktandenliste ist uns ein Druckfehler passiert, selbstverständlich handelt es sich hier um Fr. 900'000.--.

44 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge

Folgende Eingänge erhielt der Einwohnerrat seit der letzten Sitzung:

- Demissionsschreiben aus dem Wahlbüro von Marianne Vock-Meier

Wir werden bereits an der nächsten Sitzung eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählen. Eine Bewerbung ist bereits eingegangen. Selbstverständlich können mir die Fraktionen weitere Kandidaturen mitteilen.

- Schreiben von Toni Schürmann betr. Rückzug der Interpellation 10029 betr. Schliessung der Poststelle Anglikon
- Bericht und Antrag 10032 betr. Bewilligung eines Bruttokredites für ULF
- Bericht und Antrag 10033 betr. Kreditbegehren Kanalisationsleitungen Zentralstrasse
- Interpellation 10034 betr. Jugendräume in Wohlen
- Nachtrag zum Voranschlag 2003
- Bericht und Antrag zum Voranschlag 2003 der Finanzkommission

Auf Ihren Tischen haben Sie:

- die Protokolle der 2. und 3. Sitzung

Zurzeit ist die Präsenzliste unterwegs. Unter der Liste ist ein Muster des Verkehrsrichtplanes. Wer einen Plan haben möchte, soll sich bitte auf der Liste eintragen.

Meier Regula, Präsidentin Einbürgerungskommission: Die **Einbürgerungskommission** kann alle im Bericht und Antrag zur Einbürgerung beantragten Gesuchsteller empfehlen. Sie sind in unserer Gemeinde gut integriert. Wir bitten Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Wahlresultat

Eingelegte Wahlzettel	40
leer / ungültig	<u>0</u>
gültig	40
 absolutes Mehr	 21

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

Dieser Text musste auf Grund der Datenschutzgesetzgebung entfernt werden.

Widmer Reto, GPK-Sprecher: Ich möchte das Geschäft 10032 mit Bezug auf die GPK-Sitzung vom 19.09.2002 vertreten.

Wohlen betreibt sozusagen zwei **Feuerwehr**-Einheiten, die **Ortsfeuerwehr** und die **Stützpunktfeuerwehr**, welche beide jederzeit und gleichzeitig einsatzbereit sein müssen. Diese zwei Einsätze könnten künftig mit dem neuen **ULF** sowie mit dem verbleibenden **Tanklöschfahrzeug** gefahren werden. Das ULF wird für die Stützpunktfeuerwehr angeschafft, während die Ortsfeuerwehr weiterhin das Tanklöschfahrzeug betreibt. Seinerzeit – der Gemeinderat kann Ihnen das sicher auf den Tag genau datieren - war Wohlen äusserst glücklich, überhaupt als Stützpunkt erkoren worden zu sein, denn dieser Status hat uns nebst zusätzlichen Pflichten auch regelmässig namhafte Subventionen seitens des Kantons eingebracht, so wie das auch jetzt der Fall ist.

Eine Tatsache ist, dass wir über die meisten der auf Seite 2 aufgelisteten Fahrzeuge auch als reine Ortsfeuerwehr verfügen müssen und man muss es heute als Glück bezeichnen, dass die damaligen Verantwortlichen einen regelrechten Kampf für die Erlangung eines Stützpunktstatus ausgetragen und auch gewonnen haben. So wird uns heute beispielsweise das Strassenrettungsfahrzeug, welches unsere Ortsfeuerwehr besitzen muss, letztendlich vom Kanton bezahlt.

Die GPK hat sich an ihrer Sitzung schwergewichtig der kritischen Prüfung des Zustandes und der Umstände, welche die beiden 70er-Jahre-Fahrzeuge betreffen, gewidmet. Wie ist der Zustand dieser beiden Fahrzeuge? Werden sie wirklich bald „abliegen“? Welchen Anforderungen können diese beiden Fahrzeuge denn nicht mehr gerecht werden? Geht es bei dieser Vorlage nicht einfach einmal mehr um den berühmten Schweizerischen Luxus und Perfektionismus? Nein, heisst die klare Antwort der Fachpersonen. Ein Feuerwehrfahrzeug muss ein Markenprodukt sein, bei dem man auf 20 Jahre hinaus die Garantie hat, Ersatzteile erhalten zu können. Es gibt dieses Fahrzeug also nicht im M-Budget-Regal. Die folgenden zwei plausiblen Argumente haben in der GPK aber am meisten eingeschlagen und konnten auch die zahlreichen kritischen Mitglieder in unserer Kommission überzeugen:

- Für die beiden bestehenden Fahrzeuge sind keine Ersatzteile mehr erhältlich. Falls also etwas kaputt gehen sollte, ist es möglich, dass das Fahrzeug von heute auf morgen nicht mehr einsatzfähig ist. Dass bei einer regelmässig im Einsatz stehenden Feuerwehr immer wieder Teile kaputt gehen und ersetzt werden müssen, ist eine Tatsache.
- Die Wahrscheinlichkeit, beim Vorführen des Fahrzeuges noch durchzukommen, tendiert langsam aber sicher gegen Null. Nur mit grossen Anstrengungen bestand man die letzte Prüfung. Es ist auch für jeden Fahrzeuglenker evident, dass ein Fahrzeug mit zunehmendem Alter höhere Unterhaltskosten verursacht und so ist man irgendeinmal gezwungen, eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen. Diese sieht bei den vorliegenden Fahrzeugen laufend schlechter aus.

Eine weitere Frage welche aufkam betraf die Entsorgungskosten. Hier konnte man uns versichern, dass das Material zurückgenommen wird und für die Gemeinde Wohlen keinerlei Entsorgungskosten anfallen würden.

Die GPK hat sich an ihrer Sitzung von den anwesenden Fachpersonen überzeugen lassen können und hat deshalb unter den anwesenden Mitgliedern einstimmig die Ja-Parole beschlossen. Wir bitten jetzt auch Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das vorliegende Geschäft und somit die Agilität der Feuerwehr Wohlen zu unterstützen.

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Herzlichen Dank dem GPK-Sprecher **Reto Widmer** für die positive Unterstützung und seine Ausführungen. Die Wohler Feuerwehr benötigt für ihre Funktion als Stützpunktfeuerwehr dieses **Universallöschfahrzeug**. Die Lieferzeit beträgt ein Jahr, die Autos können also nicht von der Stange gekauft werden.

Zwei bestehende Fahrzeuge werden ausgemustert. Trotz sorgfältiger Pflege entsprechen diese Autos nicht mehr den Anforderungen. Das neue Auto richtet sich nach den Richtlinien und den Weisungen des AVA. Es wird bei Grossereignissen in der Region eingesetzt, dient jedoch auch unserer Gemeinde. Der **Subventionsbeitrag** des Kantons (AVA) beträgt für das Jahr 2002/2003 85 %. Der Ansatz richtet sich zur Zeit nach dem Steuereinkommen unserer Gemeinde.

Falls Sie technische Fragen zu diesem Auto haben, können Sie diese an die zwei anwesenden Feuerwehrmänner richten.

Es ist wichtig, dass die Feuerwehr mit gutem Material ausgerüstet ist, damit sie ihre Aufgabe während 24 Stunden optimal ausführen kann! Ich danke Ihnen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen.

Fischer Fredy, SVP: Unsere Fraktion stimmt dem **Bruttokredit** einstimmig zu. Wir hoffen auf möglichst wenig Ernstfalleinsätze unserer Stützpunktfeuerwehr.

Lang Christian, FDP: Ich schliesse mich den Worten des GPK-Sprechers an. Es ist selbstverständlich, dass die ausgedienten Fahrzeuge ersetzt werden müssen. Es ist wichtig, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner eine gut ausgerüstete Stützpunktfeuerwehr haben. Wir stimmen diesem Geschäft zu.

Weber Edith, CVP-CSP, Junge CVP: Die Feuerwehr hat eine sehr wichtige Arbeit zu erfüllen. Wir danken der Ressortvorsteherin Marianne Piffaretti, der gesamten Feuerwehrkommission und der Feuerwehr Wohlen für die seriöse Vorlage.

Die wichtigsten Punkte hat der GPK-Sprecher bereits erwähnt. Uns freut jedoch besonders, dass die Kosten so niedrig gehalten werden können. Unsere Fraktion befürwortet den Bruttokredit einstimmig. Herzlichen Dank an die ganze Feuerwehr Wohlen für ihren Einsatz zu Gunsten der Allgemeinheit.

Abstimmung

Der Bericht und Antrag 10032

Bewilligung eines Bruttokredites von Fr. 1'050'000.-- für die Anschaffung eines Universal-Löschfahrzeuges ULF für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen

wird einstimmig genehmigt.

47	0.011.1 7.716.41	Einwohnerrat; Berichte und Anträge Umwelt und Raumordnung, Abwasser; Kanalisationsbau; diverse Projekte Kreditbegehren von Fr. 900'000.-- für den Ersatz von Kanalisationsleitungen in der Zentralstrasse (10033)
----	---------------------	--

Hartmann Karl, GPK-Sprecher: Der Deckbelag der **Zentralstrasse** im Bereich „**Bärenkreisel**“ wird durch den Kanton ersetzt. Aus diesem Grund werden auch gleich die erforderlichen Leitungssanierungen vorgenommen. Der entsprechende Beitrag ist auch im Budget ersichtlich. Es macht natürlich Sinn, dass man im selben Arbeitsgang die Leitungen überprüft und wenn nötig auswechselt. Dies hat einen positiven Effekt auf die Kosten und schlussendlich auch auf die Qualität des Strassenbelages.

Die Leitungen, welche in der Zentralstrasse liegen, sind bereits 60 bis 70 Jahre alt. Es sind diverse Mängel vorhanden. Eine Erneuerung wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht dringend notwendig gewesen, jedoch in den nächsten Jahren angefallen. (...)

Die GPK hat dieses Geschäft eingehend geprüft und hinterfragt. Gleichzeitig werden von den Industriellen Betrieben sämtliche Werkleitungen ersetzt. Die GPK ist einstimmig für diesen Antrag.

Gerber Dieter, Vizeammann: Der Entscheid vom Kanton, den Deckbelag der Zentralstrasse zu erneuern, geht jetzt in die letzte Runde. Der obere Teil wurde bereits erneuert. Der vorliegende Bericht und Antrag bezweckt, aktiv zu werden, die Leitungen zu erneuern, Leitungsschäden zu beheben und die Leitungsdimensionen anzupassen. Gleichzeitig wird auch die **IBW** ihre Leitungen erneuern, genauso wie es im oberen Teil gemacht wurde. Wir spannen zusammen, damit man die Strasse möglichst lange nicht mehr öffnen muss. Ich bitte Sie, diesem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Lanz Christian, FDP: Die FDP findet es sehr vernünftig, dass die Leitungen und Röhren vor der Erneuerung des Deckbelages ersetzt werden.

Wie wir gehört haben, übernimmt der Kanton die Erneuerung des Belages. Unter Punkt 5 des Bericht und Antrages sind die Kosten aufgeführt und unter Punkt 6 steht geschrieben, dass die Finanzierung zu Lasten der Spezialfinanzierung **Abwasserbeseitigung** erfolgt. Es ist jedoch nicht so, dass der Kanton uns den Belag schenkt. Dies ist auch aus dem Voranschlag 2003 ersichtlich, wo unter Konto Nr. 610.561.09 Fr. 130'000.-- für die Belagssanierung budgetiert ist. Wenn wir das Bauvorhaben anschauen, ist dies zwar kein hoher Posten, jedoch hätte man auch diesen Betrag im Bericht und Antrag aufführen können, damit ersichtlich ist, was dieses Bauvorhaben die Gemeinde kostet.

Trotzdem kann die Fraktion FDP diesem Bericht und Antrag zustimmen,

Fontana Peter, CVP-CSP, Junge CVP: Unsere Fraktion hat das Geschäft eingehend geprüft und unterstützt den vorliegenden Bericht und Antrag einstimmig.

Fischer Fredy, SVP/Dorfteil Anglikon: Unsere Fraktion stimmt dem Kredit zu. Wir hoffen, dass die IBW ihre Leitungen wirklich erneuern und hoffen, dass auch die **Swisscom** und **Cablecom** involviert werden.

Abstimmung

Der Bericht und Antrag 10033

Kreditbegehren von Fr. 900'000.00 für den Ersatz von Kanalisationsleitungen in der Zentralstrasse (10033)

wird einstimmig genehmigt.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Eingegangen ist eine Kandidatur der FDP, Herr Kurt Neeser. Möchte der Fraktionssprecher das Wort ergreifen?

Dörig Werner, FDP: Die FDP schlägt Ihnen Kurt Neeser als Nachfolger vor. Er ist wie Adrian Hümbeli ein ausgewiesener Fachmann im Rettungswesen. Als Verantwortlicher und Geschäftsführer im familieneigenen Rettungsdienst kennt er die Abläufe und die Logistik, die hinter einem Einsatz stehen. Kurt Neeser würde dieses Amt gerne übernehmen. Wir bitten Sie, ihn mit Ihrer Stimme zu unterstützen.

Keine weitere Kandidatur.

Offene Abstimmung

Herr Kurt Neeser wird mit

mit 39 Ja und 2 Enthaltungen

in den Vorstand der Regionalen Zivilschutzorganisation gewählt.

49 9.921 Finanzen, Steuern; Rechnungswesen; Voranschläge
Voranschlag 2003

Fischer Arthur, Präsident Finanzkommission: Ich gehe davon aus, dass Sie den Bericht der Finanzkommission studiert und in den Fraktionen beraten haben. Ich erlaube mir deshalb, nur noch auf wesentliche Punkte und Bemerkungen einzugehen.

Erlauben Sie mir zuerst einige Bemerkungen zur Stellung der Finanzkommission.

Abs 313

Die Finanzkommission übt ihre Tätigkeit im Namen des Volkes aus. Sie vertritt die Interessen der Stimmberechtigten gegenüber der Behörde und der Verwaltung.

Abs 314

Die Finanzkommission besitzt keine materiellen Entscheidungsbefugnisse. Ihre Beschlüsse, die von der Gesamtkommission gefasst werden, beschränken sich auf Feststellungen, Anträgen und Anregungen.

Streng nach diesen Richtlinien, welche u.a. in dieser Wegleitung festgehalten sind, hat die von Ihnen Anfangs Jahr gewählte Kommission den Voranschlag 2003 beraten.

Voranschlag 2003

Es wurde wiederum eine grössere Anzahl Fragen an die Verwaltung und den Gemeinderat gerichtet. Diese wurden an gemeinsamen Sitzungen vorwiegend zu unserer Zufriedenheit beantwortet.

Anschliessend trifft sich die Kommission jeweils zu einer sogenannten Berichtssitzung. Das heisst, sie analysiert die vorangegangenen Sitzungen und legt die Schwerpunkte des schriftlichen Berichtes der Finanzkommission fest. Im Rahmen Ihres Auftrages und im Interesse der Stimmberechtigten darf sie sich nicht scheuen, auch unpopuläre und kritische Feststellungen wiederzugeben. Dann wird auch definitiv über allfällige Anträge entschieden. Die im vorliegen-

den Bericht enthaltenen Feststellungen sowie der Rückweisungsantrag sind von den anwesenden Kommissionsmitgliedern einstimmig beschlossen worden. Umso enger der finanzielle Spielraum ist, desto kritischer muss die Fiko ihre Aufgabe wahrnehmen.

Der Bericht an sich wird vom Präsidenten verfasst und den Mitgliedern zur Genehmigung vorgelegt.

Diese Arbeitsweise hat sich bewährt. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Allgemeine Bemerkungen

Sie haben einen Nachtrag mit zwei Änderungen (Bühne Casino, Zuschüsse Spital Muri) erhalten. Im Bericht der Finanzkommission wurden die Beträge berücksichtigt.

Der Nettoaufwand liegt 7,4 % über dem Budget 2002 oder 13,2 % über der Rechnung 2001. Die wesentlichen Mehrkosten sind im Voranschlag erläutert. Sie fallen vor allem in den Bereichen **Bildung**, **Gesundheit** und **Soziale Wohlfahrt** an. Dagegen fällt der Beitrag im Regionalverkehr geringer aus.

Laufende Rechnung

Der Voranschlag schliesst mit einem Aufwand und Ertrag von Fr. 51'182'000.-- ausgeglichen ab. Die Umsatzzunahme gegenüber dem Voranschlag 2002 beträgt 5,6 %. Der **Personalaufwand** fällt verglichen mit dem Voranschlag 2002 um 2,8 % und der Rechnung 2001 um 7,1 % höher aus. Der Mehraufwand ist begründet.

Verwaltungsabteilungen

Die aus der Sicht der **Finanzkommission** erwähnenswerten Feststellungen sind im Bericht unter den entsprechenden Abteilungen aufgeführt. Ich werde auf Wunsch bei der Detailberatung darauf eingehen. Der Rückweisungsantrag betreffend Anschaffung von Containern und Behältern für Sammelstellen wird ebenfalls bei der Detailberatung begründet.

Investitionen

In den Voranschlag werden nur beschlossene Verpflichtungskredite oder zu beschliessende Budgetkredite aufgenommen. Das grosse Investitionsvolumen (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe) von Fr. 21,3 Mio. ist vor allem auf die Projekte **Bünzmatt III** und **Sportzentrum Niedermatten** zurückzuführen.

Eigenwirtschaftsbetriebe

2.3.1. Abwasserbeseitigung

Aufgrund der Investitionen im Zusammenhang mit dem Ausbau der ARA (Details siehe Voranschlag) erhöht sich im Budget 2003 die vorgeschriebene Vorschussabtragung auf Fr. 588'800.- und die Vorschussverzinsung auf Fr. 162'600.--. Als Folge der Investitionen und deren Folgekosten werden die Abwasserbenützungsgebühren in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen.

2.3.2. Abfallbeseitigung

Für den Sektor Verbrennung beträgt der Deckungsbetrag 99,8 %. Dies darf als sehr gut bezeichnet werden.

Der Sektor Grün, Papier, Diverses wird als Zuschussbetrieb geführt und kann aufgrund der Volksabstimmung vom Juni 1996 nicht verursachergerecht belastet werden. Es zeichnet sich wiederum ein Aufwandüberschuss von Fr. 630'000.-- (Vorjahresbudget Fr. 608'000.--) ab.

Abschreibungen

Es können gesamthaft Abschreibungen von Fr. 721'700.-- vorgenommen werden. In Anbetracht der bevorstehenden Investitionen sind diese sehr gering.

Schlussbemerkungen

Der Gemeinderat hat sich im Hinblick auf die grossen Investitionen und die damit verbundene Zunahme der Schulden bemüht, sämtliche Sparmöglichkeiten auszuschöpfen. Der überwiegende Teil des Mehraufwandes basiert auf gesetzlichen Grundlagen. Das vorliegende Budget lässt keine unvorhergesehenen Ereignisse zu.

Beim Steuerertrag wurden die Angaben aus dem Finanzplan unverändert übernommen. Der für das Jahr 2003 budgetierte **Steuerertrag** liegt rund Fr. 700'000.-- unter dem effektiven Ertrag des Jahres 2001. Unseres Erachtens wurde der Steuerertrag vorsichtig budgetiert. Ob der Ertrag höher ausfallen wird, hängt u.a. auch von der Entwicklung der Wirtschaft ab. Die aktuellen Prognosen sind eher negativ. Ein weiterer Faktor sind die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes, von welchem zum heutigen Zeitpunkt noch keine verlässlichen Erfahrungswerte vorhanden sind.

Die **Kennzahlen**, welche auf der Grundlage des Voranschlages 2003 berechnet wurden, zeigen einerseits, dass die Verschuldung nach wie vor gering ist und andererseits, dass die Ertragslage ungenügend ist. Um den düsteren Prognosen wirkungsvoll entgegen zu können, muss auch in Zukunft zwingend an den eingeschlagenen Sparbemühungen festgehalten werden. Bleibt zu hoffen, dass der Rechnungsabschluss wie in den vergangenen Jahren im Vergleich zum Voranschlag besser ausfallen wird.

Zum Schluss möchte sich die Finanzkommission bei den Mitgliedern der Behörden, den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir wünschen allen Beteiligten eine gute Hand bei der Bewältigung der zu erwartenden schwierigen Aufgaben.

Antrag an der Einwohnerrat

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen,
Die Finanzkommission beantragt Ihnen, den Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 105 % zu genehmigen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Voranschlages 2003 stand der Gemeinderat vor folgender Ausgangslage:

- Der Nettoaufwand des Voranschlages 2002 Fr. 22.5 Mio. lag um rund Fr. 0.6 Mio. über dem Voranschlag 2001.
- Sparwille wurde bewiesen, dies wurde von der Finanzkommission entsprechend gewürdigt.

Der Gemeinderat machte für die Budgetierung folgende Zielvorgaben:

- Der **Steuerfuss** bleibt unverändert bei 105 % (das Kantonsmittel 2002 liegt bei 110 %). Damit gehört Wohlen zu den 50 bzw. 22 % der Gemeinden, welche einen Steuerfuss von 105 % und tiefer haben.
- Der gesamte Nettoaufwand darf nicht höher sein als im Voranschlag 2002 (inkl. Nachtragskredite).
- Als Basis für den Voranschlag 2003 ist von der Rechnung 2001 bzw. maximal vom Voranschlag 2002 auszugehen. Sämtliche Budgetpositionen sind kritisch zu hinterfragen.
- Für die Globalbudgets Bildung, Feuerwehr und Informatik wurden die Maximalbeträge vorgegeben.

Mit Fr. 24.1 Mio. liegt der budgetierte Nettoaufwand um rund Fr. 1.6 Mio. bzw. 7,4 % über dem Voranschlag 2002.

Gesetzliche Einflüsse führten dazu, dass die angestrebte Zielsetzung nicht erreicht werden konnte. Folgende Positionen haben mit Mehrkosten wesentlich dazu beigetragen:

- Beitrag an Sozialversicherungen, AHV/IV/EO; Fr. 229'500.--
- Beiträge an Spitäler, Krankenhäuser, Spitex und Bifang; Fr. 241'500.--
- Gemeindebeitrag für Sonderschulung und Heimversorgung; Fr. 153'000.--
- Neues Sozialhilfe- und Präventionsgesetz; Fr. 108'100.--
- Baulicher Unterhalt durch Dritte; Fr. 245'300.--
- Strassenentwässerung; Fr. 212'700.--
- Zusätzlich bewilligte Stellen und Pensumsveränderungen, welche sich erstmals auswirken, sowie Qualifikationseffekt; Fr. 248'400.--

Damit Sie sehen, mit welchen Problemen wir konfrontiert werden, wurde ihnen das Nachtragsblatt vom 16. September 2002 zugestellt, aus welchem der erhöhte Betriebsbeitrag von Fr. 1'285'000.-- an das **Kreisspital Muri** ersichtlich ist.

Auf der positiven Seite schlagen sich die höheren Gemeindesteuern (Dienststelle 900) nieder. Gegenüber dem **Voranschlag 2002** erhöhen sich diese um erfreuliche Fr. 2.5 Mio. bzw. 11.2 % auf Fr. 24.9 Mio.

Bezüglich den Auswirkungen des neuen Steuergesetzes wird auf den Kommentar auf Seite 28 des Voranschlages verwiesen.

Wir hoffen, dass die vorsichtig eingesetzten Steuererträge besser ausfallen als budgetiert.

Vorgeschriebene Abschreibungen gibt es keine.

Der Cash Flow (Geldüberschuss aus der Laufenden Rechnung/Teilfinanzierung) bzw. die zusätzlichen Abschreibungen betragen Fr. 721'700.--. Würden keine Investitionsvorhaben anstehen, wäre dies gut. Mit Blick auf die bevorstehenden grossen Investitionen sind die Abschreibungen jedoch sehr bescheiden.

Aktueller Stand des Steuerertrages

Aufgrund der bisherigen Verarbeitung darf davon ausgegangen werden, dass die für das Jahr 2002 budgetierten Steuereinnahmen übertroffen werden. Dies hat folgende Konsequenzen:

Im genehmigten Voranschlag 2002 wurde ein Cash-Flow (Eigenfinanzierung) von Fr. 204'400.-- ausgewiesen. Im vorliegenden Voranschlag ist für das Jahr 2002 ein Aufwandüberschuss ausgewiesen. Dies ist auf die Nachtragskredite über Fr. 176'000.-- und den Bericht und Antrag betreffend Entlastungsstunden für die Rektorate über Fr. 150'000.-- zurückzuführen. Aufgrund der Mehreinnahmen bei den Steuern wird es jedoch für das Jahr 2002 keinen Aufwandüberschuss ergeben.

Abschliessende Bemerkungen

- Der **Voranschlag 2003** wurde Konto für Konto durchgekämmt.
- Der Gemeinderat hat sich bemüht, sämtliche Sparmöglichkeiten auszuschöpfen.
- Mit den grossen Investitionen (Bünzmatte III, Sportzentrum Niedermatten) werden Bauvorhaben realisiert, welche sowohl die Wohn- und Lebensqualität als auch die Attraktivität von Wohlen steigern. Sie haben allerdings ihren Preis.

- Die Finanzkommission hat den Sparwillen des Gemeinderates und der Verwaltung festgestellt und stimmt dem Voranschlag 2003 einstimmig zu. Wir danken ihr dafür. Dank gebührt der Finanzkommission auch für die konstruktive Zusammenarbeit
- Der Gemeinderat bittet Sie, dem Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde zuzustimmen.

Bächer Andy, CVP-CSP, Junge CVP: Die Fraktion CVP-CSP und Junge CVP hat den Voranschlag eingehend studiert. Wir werden zu einzelnen Punkten Stellung beziehen, jedoch keine Anträge stellen.

Der Gesamtaufwand in „**Bildung**“ war grösser als im Budget 2002, das Globalbudget jedoch in etwa gleich. Dies kann mit den höheren Schülerzahlen und anderen Verpflichtungen nicht richtig kompensiert werden kann. Das Geld aus dem Globalbudget ist entscheidend für die Unterrichtsgestaltung und kommt direkt dem Schüler zu Gute. Wir bitten Sie, das Globalbudget nicht noch mehr zu kürzen.

Der **Stromverbrauch** der öffentlichen Beleuchtung war auch für uns ein Thema. Wäre es nicht möglich, die Beleuchtung optimaler zu steuern. Besteht die Möglichkeit, den Stromverbrauch zu senken, indem man nicht alle Lampen zur gleichen Zeit brennen lässt? Uns fällt die starke Beleuchtung immer wieder auf.

Die Mehrheit unserer Fraktion wird den Antrag der Finanzkommission nicht unterstützen.

Der Spielraum wird immer kleiner, da die gebundenen Ausgaben steigen und die Einnahmen stagnieren. Die Investitionen für Lebensqualität sind bescheiden. Es ist nicht möglich, die Zitrone noch mehr auszupressen, es ist kaum mehr Saft vorhanden. Die grossen Projekte, welche kurz vor der Ausführung stehen, machen Wohlen bestimmt attraktiver. Neben den Aufgaben der Gemeinde braucht es auch immer noch genügend Mittel für den Unterhalt der bestehenden Liegenschaften.

Unsere Fraktion dankt allen, die an diesem Budget mitgearbeitet haben. Wir sind einstimmig für den Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde.

Meier Maya, Freis Wohle: Freis Wohle dankt allen Personen, die am Voranschlag mitgearbeitet haben und der Fiko für die Prüfung des Voranschlages. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Mehrkosten anfallen vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziale Wohlfahrt. Diese Ausgaben können nicht gross beeinflusst werden. Wir gehen mit der FIKO einig, dass das vorliegende Budget keine unvorhergesehenen Ereignisse zulässt, zumal die Prognosen für die Steuererträge schwer zu beurteilen sind. Wir sind daher der Meinung, dass an den eingeschlagenen Sparbemühungen festgehalten werden muss. Wir bitten den Gemeinderat, das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen.

Dörig Werner, FDP: Im Zentrum des Voranschlages steht gegenüber den Werten 01 einerseits ein gesteigerter Nettoaufwand von Fr. 2.6 Mio. und andererseits ein Investitionsvolumen von Fr. 20.2 Mio. für das Büznsmatt III und das Sportzentrum Niedermatten. Der Personalaufwand steigt gegenüber dem Voranschlag 02 um 2.8 % und gegenüber der Rechnung 01 um 7.1 %. Gleichzeitig wird ein minim verminderter Steuerertrag gegenüber der Rechnung 01 erwartet. Die Zielsetzung für den Voranschlag hat der Gemeinderat nicht erreicht. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass gewisse Ausgaben nicht beeinflussbar sind. Mit einem prognostizierten Cash-Flow von Fr. 721'000.-- sind wir noch nicht zufrieden, da Mehr-Steuereinnahmen von Fr. 2.5 Mio. gegenüber des Voranschlages 2002 erhofft werden. Das wirtschaftliche Wachstum der Schweiz

ist beinahe Null, die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes und ein Ausgleich der Kalten Progression zeigen klar die Grenzen der Ausgaben auf.

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass gemäss Finanzplan Ende 2003 mit Schulden von Fr 21.4 Mio. gerechnet wurde, diese jedoch tatsächlich auf Fr. 26.6 Mio. anwachsen werden. Weitere grosse Investitionen zeichnen sich bereits ab und beim Nettoaufwand ist keine Entspannung zu erwarten. Irgendwann wird sich ein Gemeinderatskollegium mit der Erhöhung des **Steuerfusses** beschäftigen müssen, da kein Geld mehr vorhanden ist. Mit der Aussage, dass nach Umsetzung des Investitionsprogrammes der Schuldenabbau oberste Prioritäten hat, ist es nicht getan. Der Einwohnerrat steht jedoch mindestens zu gleichen Teilen in der Verantwortung, künftige Aufwendungen und Investitionen sind kritisch zu beurteilen und nur unter dem Gesichtspunkt der absoluten Notwendigkeit zu genehmigen. Die FDP ist nach wie vor der Meinung, dass Arbeitsabläufe zu optimieren und Stellenprozentserhöhungen nur unter der Berücksichtigung einer umfassenden Analyse zu bewilligen sind.

Unsere Fraktion stimmt dem vorliegenden **Voranschlag 2003** zu.

Furter Fabian, SP: Die Fraktionssitzungsgemeinschaft SP, Eusi Lüt und Grüne und EVP sagt „Ja“ zum Voranschlag 2003.

Bertschi Bruno, SVP: Das Budget wurde eingehend beraten und wir stehen grundsätzlich dahinter. Wir stellen fest, dass sich der Gemeinderat bemüht, die ständig anwachsenden Kosten im Griff zu haben. Auch wir erfreuen uns nicht an den ständig wachsenden Kosten im Gesundheitswesen und Sozialwesen und den daraus resultierenden Erhöhungen an die entsprechenden Institutionen.

Die SVP hat in diesem Zusammenhang eingehend über die Entwicklung des **Steuerfusses** gesprochen. Wir haben festgestellt, dass zahlreiche Gemeinden in unserer Umgebung den Steuerfuss reduziert haben oder noch reduzieren werden. Dies führt dazu, dass das gern zitierte Kantonsmittel natürlich auch sinkt. Lassen wir unseren Steuerfuss bei 105 %, wird Wohlen weiterhin an Attraktivität verlieren. Der Steuerfuss sollte beweglich gehandhabt werden. Die anstehende Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden soll mit dem Endresultat kostenneutral ausfallen und sollten daher nicht für die dauernden Schwarzmalereien benutzt werden. Es gibt klare Anzeichen für eine mögliche Senkung des Steuerfusses um mindestens 2 %. So zum Beispiel die Entwicklung an der Zinsfront, welche doch eine spürbare Entlastung des Haushaltes mit sich bringt. Der Finanzminister tendiert auf ein möglichst pessimistisches Budget, um dann eine glanzvolle Rechnung aufzeigen zu können. Das ist verständlich und menschlich und war bereits zu Zeiten von Weisshaupt und Piffaretti so.

Wir haben beschlossen, im Hinblick auf die anstehenden Grossinvestitionen zum heutigen Zeitpunkt auf einen Antrag zur Reduktion zur Steuersenkung zu verzichten. Wobei die Frage erlaubt sei, ob ein Bünzmatt III angesichts der tendenziell sinkenden Schülerzahlen zum heutigen Zeitpunkt noch so nötig wäre.

Wir bitten den Gemeinderat zur Kenntnis zu nehmen, dass die SVP in einem Jahr einen Antrag um Senkung der Steuern um mindestens 2 % einreichen wird, losgelöst von der Problematik Grüngutentsorgung.

Wir danken dem Gemeinderat, den Chefbeamten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde Wohlen, welche bei der Bearbeitung des Budgets unserer Meinung nach seriöse Arbeit geleistet haben. Wir werden das Budget einstimmig unterstützen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke den Referenten für die positive Aufnahme des Budgets. Ich gehe nun auf die einzelnen Voten ein.

Globalbudget Schule: Für das Globalbudget Schule wurde eine Zahl vorgegeben. Die **Schulpflege** stellte einen Antrag auf Anpassung des Globalbudgets. Mit dieser Anpassung hat man einen wichtigen Schritt für die Schule gemacht. Es ist wichtig, dass auch die Schule sieht und spürt, dass nicht überall aufgedreht werden kann. Die **Schulleitung**, welche zur Zeit in Arbeit ist, wird sehr viel Geld kosten.

Lampen: Aus dem Sichtpunkt der Sicherheit wäre der jetzige Zeitpunkt sehr schlecht. Vielleicht kann die Einschaltung ein wenig geändert werden, damit ein paar Franken eingespart werden können. Grundsätzlich jedoch muss Wohlen hell sein, auch bei Nacht.

Grünabfuhr: Bringen Sie uns doch eine Vorlage. Es wäre eine Hilfe an den Gemeinderat, wenn Sie uns einen Auftrag geben und würde uns die Arbeit erleichtern. Andere Gemeinden haben diese Gebühr bereits eingeführt. Wir haben vom Präsidenten der Finanzkommission gehört, dass uns das neue Containersystem Fr. 600'000.-- kostet.

Freis Wohle sagte, dass wir das Notwendige vom Wünschbaren trennen sollen, das machen wir.

Ein wenig überrascht bin ich von Werner Dörigs Worte. Wenn man sich selber auflagt, mit weniger Steuern zu budgetieren, wird man gezwungen, auch auf der Ausgabenseite vorsichtig zu sein. Es kann Ihnen allen daher nur recht sein, wenn unsere Hoffnungen betr. Steuern eher vorsichtiger ausfallen. Es wäre verfehlt, wenn man zu starken Optimismus an den Tag legen würde. Auch die FDP sprach den Steuerfuss an. Sie sprachen jedoch nicht von einer Steuersenkung, sie fragten sich, ob man mit dem bestehenden durchkommen würde. Natürlich würde uns eine Steuererhöhung die Arbeit einfacher machen. Der Gemeinderat ist jedoch sehr streng mit sich selber. Abläufe zu optimieren ist eine Daueraufgabe, die wir machen.

Herr Bertschi sprach von den Diskussionen um den Steuerfuss und dass zahlreiche Gemeinden den Steuerfuss bereits gesenkt haben. Die SVP betreibt eine populistische Politik. Es wäre absolut der falsche Zeitpunkt heute und nächstes Jahr darüber zu diskutieren. Wie schon gesagt, ist Wohlen unter den vordersten 50 Gemeinden. Ich begreife die Überlegungen der SVP daher nicht, da die SVP eine kluge Interpellation eingereicht hat betr. Steuerfussplanung. Wir haben Ihnen die Antworten gegeben, haben aber aus Ihren Fragen gemerkt, dass Sie wissen möchten, wie wir mit diesem Steuerfuss arbeiten können. Daher von einer Steuerfussenkung zu sprechen, ist utopisch. An der letzten Sitzung hat sich Sepp Muff Sorgen gemacht über die hohen Zinsen, welche wir den Banken zahlen müssen. Wir haben zur Zeit das Glück, dass der Zinsfuss tief ist. Wir hatten die Möglichkeit, Fr. 8 Mio. aufzunehmen zu einem Prozentsatz von 3.3 % auf 9 Jahren. Die Banken beurteilen die Bonität sehr genau. Bei der Bank, von der wir das Geld aufgenommen haben, hat die Einwohnergemeinde Wohlen ein sehr hohes Rating. Wenn wir jedoch mit einem tieferen Steuerfuss versuchen zu arbeiten, verschlechtert sich die Bonität. Das heisst, dass sich die Eigenfinanzierung verschlechtern würde und wir den Banken, wenn wir weiter Geld aufnehmen, höhere Zinsen zahlen müssten. Ich lege Ihnen schon jetzt ans Herz, dass Sie auf solche Überlegungen verzichten. Kommen Sie auf den Boden zurück und machen Sie eine bodenständige Politik.

Es wurde auch das **Bünzmatt III** angesprochen. Der Gemeinderat hat sich heute intensiv über die Pendenzen der Bauverwaltung unterhalten. Manche Privatfirma wäre stolz, wenn Sie so volle Auftragsbücher hätte, praktisch über Jahre hinaus. Ich möchte gerne vom Schulpflegepräsidenten wissen, ob wir die Arbeit für das Schulhaus Bünzmatt III abbrechen sollen?

Sachs Josef, Präsident der Schulpflege: Ich bin mir nicht sicher, ob die Frage rhetorisch oder ernst gemeint ist. Die Schülerzahlen in Wohlen werden in den nächsten Jahren steigen, sodass wir davon ausgehen, dass wir das Schulhaus benötigen.

Detailberatung

Muff Sepp, SP: Ich habe einen kleinen Wunsch und hoffe, dass er nicht das ganze Budget über den Haufen wirft. Ich schlage vor, dass man eine neue Urne kauft. Eine Urne, die gewährleistet, dass wir Einwohnerräte wirklich geheim abstimmen können. Bei der bestehenden kann man herausfinden, wer wie abgestimmt hat.

Seite 41 / Konto-Nr. 022.452.01 / Ortsbürgergemeinde

Jauslin Matthias, FDP: Die **Ortsbürger** in diesem Saal werden keine grosse Freude haben an meinem Antrag. Ich weiss jedoch, dass real denkende Ortsbürger meinen Überlegungen folgen können und als Folge meinem Antrag zustimmen.

Im Konto 022.452.01 ist die Verwaltungsentschädigung der Ortsbürgergemeinde zu Gunsten der Einwohnergemeinde enthalten. Trotz Teuerung, Indexierung der Löhne, Umbau des Sternens und Aufwendungen im Informatikbereich blieb dieser Betrag seit 1999 im Budget und auch der Rechnung unverändert. Es stellt sich die Frage, welche Leistungen mit diesen Fr. 24'000.-- abgedeckt werden. Dieser Budgetposten richtet sich nach Aussage der Finanzverwaltung nach dem Kantonalen Minima (anzurechnende Mindestansätze der Beiträge, Gebühren, Entschädigungen). Der Kanton empfiehlt hier ganz klar, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen abzurechnen. In dieser Minima sind folgende Entschädigungsansätze aufgeführt:

Fr. 240.-- fester Betrag zuzüglich 5 % des Personal- und Sachaufwandes sowie 3 % des Vermögensertrages (Kapital-, Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen). Zur Zeit bei den Ortsbürger Fr. 570'000.--. Mit diesem Betrag ist der Aufwand der Finanzverwaltung wahrscheinlich knapp abgedeckt. Nicht enthalten sind Aufwendungen des Ortsbürgerverwalters, der Bauverwaltung und des Gemeinderates. Diese Aufwendungen zu Gunsten der Ortsbürgergemeinde trägt ganz klar die Einwohnergemeinde. So wurden zum Beispiel die gesamten Aufwendungen der Bauverwaltung im Zusammenhang mit dem Sternen-Umbau nicht in Rechnung gestellt. Aus diesem Grund mein Antrag:

Die Verrechnung „Verwaltungsaufwand an die Ortsbürgergemeinde“ (Konto 0.22.452.01) muss die effektiven Aufwendungen aller Abteilungen enthalten.

Zusätzliche Aufwendungen der Verwaltung im Zusammenhang mit Investitionen sind ebenfalls dem Verursacher zu verrechnen.

Meiner Meinung nach ist jeder bereit, die gute Arbeit der Verwaltung verursachergerecht zu entschädigen. Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich habe zwei Seelen in meiner Brust. Einerseits bin ich Ortsbürger und andererseits zuständig für die Finanzen der Einwohnergemeinde. Rein von der Sache her, kann man sich die Überlegungen von Matthias Jauslin machen. Wie er dies jedoch bei der Finanzverwaltung abgeklärt hat, gibt es gewisse Grundlagen für die Rech-

nungsstellung.

Der Umbau des Sternens war eine ausserordentliche Sache und wäre ohne den Einsatz der Bauverwaltung gar nicht möglich gewesen. Aber alles andere wie z.Bsp. Kommissionssitzungen ging zu Lasten der Ortsbürgergemeinde.

Die Einwohnergemeinde Wohlen kann froh sein, dass sie eine **Ortsbürgergemeinde** hat, welche finanziell gesund ist. Wenn es unserer Ortsbürgergemeinde einmal nicht mehr so gut geht, haben sie nur noch den Wald. Alles was mit dem Wald verbunden ist, was der Allgemeinheit zugute kommt, ist ein grosser Verdienst der Ortsbürgergemeinde. Wir hoffen, dass die Ortsbürgergemeinde finanzkräftig bleiben wird und dass sie sich auch bei möglichen Defiziten über Wasser halten kann.

Auch vom **Restaurant Sternen** kann die Einwohnergemeinde nur profitieren und alle Einwohnerinnen und Einwohner können sich daran erfreuen. Die Ortsbürgergemeinde hat hier eine grossartige Tat vollbracht.

Dank dem die Ortsbürgergemeinde insistierte, dass das Land, auf welchem heute das **Feuerwehrlokal** steht, nur im Baurecht abgegeben wird, konnte die Einwohnergemeinde ein sehr günstiges Feuerwehrlokal bauen. Wenn Sie den Frieden mit der Ortsbürgergemeinde wahren wollen, bitten wir Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich wehre mich massiv gegen diesen Antrag. Der Wald erfüllt eine Wohlfahrtsfunktion, welche von der Ortsbürgergemeinde mit viel Geld ausgeführt wird. Dank dem Lothar sind wir nicht sicher, ob wir je über die Runde kommen werden. Die Leistungen werden für die Allgemeinheit getätigt.

Man muss wissen, dass die Ortsbürgergemeinde „finanzkräftig“ ist, hat sie jedoch in den letzten Jahrzehnten sehr viel für die Allgemeinheit getan. Ich erwähne das Alters- und Pflegeheim Bifang, Bibliothek, Strohmuseum. Jederzeit konnten wir auf die Ortsbürgergemeinde zurückgreifen. Seien sie grosszügig mit der Ortsbürgergemeinde, dann wird die Ortsbürgergemeinde auch zukünftig mit der Einwohnergemeinde grosszügig sein.

Muff Sepp, SP: Als Mitglied der Ortsbürgerkommission habe ich zu diesem Antrag etwas zu sagen. Jeder der in Wohlen wohnt, konnte schon mehrmals von den Dienstleistungen der Ortsbürgergemeinde profitieren. Der Wald ist ein Gebiet, welches zum grössten Teil der Ortsbürgergemeinde gehört. Förster sagen klar, dass man die Arbeit der Ortsbürgergemeinde im Bereich Wald in irgend einer Form zahlen müsse, um die Investitionen rund um den Wald zahlen zu können. Wir haben das Glück, dass wir die nächsten zwei bis drei Defizite, welche der Wald abwerfen wird, zahlen können, ohne dass die Gemeinde hinzugezogen werden muss. Es wäre ein schlechtes Omen, wenn wir nun Rappenspalterei betreiben müssen. Die Aufwendungen der Ortsbürgergemeinde waren in den letzten Jahren nur aufgrund des Sternens so hoch. Auch für die Ortsbürgergemeinde war die Investition „Sternen“ mit rund Fr. 2.7 Mio. sehr hoch.

Was nützt uns dieser Antrag? Ich sehe das nicht ein. Ich empfehle allen, diesen Antrag abzulehnen.

Jauslin Matthias, FDP: Ich möchte niemandem den Schwarzen Peter zuweisen. Bis jetzt haben wir immer davon gesprochen, was wir zuviel ausgeben, aber niemand hat geschaut, wo mehr eingenommen werden kann. Es ist richtig, dass die Ortsbürger sehr viel für die Gemeinde machen. Ich respektiere dies. Auf der anderen Seite entstehen Kosten, welche von

jemandem bezahlt werden müssen. Ich bin überzeugt, dass die Ortsbürger die sehr guten Dienstleistungen, welche sie auf der Verwaltung beziehen, auch entschädigen werden.

Für alle die die **Ortsbürgergemeinde** noch nicht so gut kennen hier ein paar Anhaltspunkte, welche im Kantonalen Gesetz geregelt sind:

Art. 2 Aufgaben:

Die Ortsbürgergemeinden haben in erster Linie die Aufgabe, der Erhaltung und der guten Verwaltung ihres Vermögens. Sofern ihre Mittel, vor allem der Ertrag ihres Vermögens ausreichen, obliegt ihnen im Weiteren:

- a) Förderung des kulturellen Lebens sowie Unterstützung kultureller und sozialer Werke
- b) Mithilfe bei Erfüllung von Aufgaben der Einwohnergemeinden
- c) Erfüllung von Aufgaben, die sie sich selber stellen

In diesem Gesetz steht also geschrieben, dass die Ortsbürger ihren Beitrag für die Allgemeinheit leisten sollen und müssen. Ich möchte mich bei den Ortsbürgern herzlich für all die Taten bedanken und bin der Ansicht, dass sie für die Arbeit der Verwaltung sicher auch etwas bezahlen würden.

Abstimmung

Der Antrag von Matthias Jauslin:

Die Verrechnung „Verwaltungsaufwand an die Ortsbürgergemeinde“ (Konto 0.22.452.01) muss die effektiven Aufwendungen aller Abteilungen enthalten.

Zusätzliche Aufwendungen der Verwaltung im Zusammenhang mit Investitionen sind ebenfalls dem Verursacher zu verrechnen.

wird mit 6 Ja zu 32 Nein abgelehnt.

Seite 43 / Konto-Nr. 90.0316 / Miet- und Pachtzins

Keusch Marianne, Eusi Lüüt & Grüne: Bei den Erläuterungen steht geschrieben, dass die Gemeinde 2 Büroräume im Emanuel Isler Haus gemietet hat. Einer ist für den ZSO, der andere auf Reserve. Ist es so, dass die Gemeinde Büroräume auf Reserve mietet?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Grundsätzlich ist es sicher nicht so. Als die Amtsvormundschaft ein grösseres Büro bezog, hatten wir die Gelegenheit, zwei Räume zu übernehmen. In dem einen wird Hans Ceramella sein Büro einrichten, der andere ist zur Zeit noch frei. Aber auch dieser wird sicher bald sinnvoll genutzt werden.

Seite 46 / Konto-Nr. 102.301 / Löhne/Dienstzulagen

Furter Fabian, SP: Bei diesem Konto gab es grössere Veränderungen und es wurde bei den Erläuterungen auf Personalwechsel und Neuorganisation des Bereiches „Öffentliche Sicherheit“ verwiesen. Uns ist diese Erklärung zu wenig, wir wären froh, wenn uns die Vorsteherin dieses Departementes zusätzliche Informationen betr. Neuorganisation geben würde.

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Sie reden von der Gemeindepolizei? Die neue Abteilung **Bevölkerungsschutz** wird per 01.01.2003 in Kraft treten. Der neue Chefbeamte wird am 04.11.2002 seine Stelle antreten. Danach wird die Reorganisation erfolgen. Er muss die Aufgaben des Sektionschefs, des Quartiermeisters und des Gemeindeführungsstabes übernehmen und angehängt ist auch Zivilschutz und Feuerwehr (analog Bund und Kanton).

Seite 47 / Konto-Nr. 140.314.02 / Gebäudeunterhalt durch Dritte

Meier Maja, Freis Wohle: Auf Seite 13 wird eine Erklärung abgegeben. Dieses Konto enthält div. Posten, welche im Feuerwehrmagazin saniert werden müssen, unter anderem das Flachdach. Wir haben eine Frage zu der Einwandung des Vordaches inkl. Fundament für Fr. 62'000.--. Vor wenigen Jahren wurde die Feuerwehr ausquartiert und man hoffte, dass nun genügend Platz vorhanden ist. Ist es jetzt bereits wieder so eng geworden, dass das Vordach für immerhin Fr 62'000.-- eingewandert werden muss? Gäbe es keine andere Möglichkeit, um das Material, welches dort eingelagert wird, zu schützen? Kommt dieser Betrag zusätzlich zum Globalbudget hinzu? Dieses Konto hat kein „G“. Der Betrag von Fr. 62'000.-- scheint uns in der momentanen finanziellen Lage sehr hoch. Würde das nicht sogar einen Bericht und Antrag rechtfertigen?

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Platzmangel herrscht, seit das Feuerwehrlokal an diesem Standort ist. Man wusste von Anfang an um die Platzknappheit. Aus finanziellen Gründen war jedoch kein grösserer Bau möglich. Das Material muss geschützt werden! Es macht doch keinen Sinn, wenn Material, das sehr viel Geld kostet, im Freien gelagert wird. Das Anliegen der Feuerwehr ist berechtigt und wurde jedes Jahr hinausgeschoben. Es ist sicher am sinnvollsten, wenn das Material auch beim Feuerwehrlokal gelagert wird.

Es ist richtig, dass der Gemeinderat über diesen Betrag entscheiden kann, da er nicht im Globalbudget enthalten ist.

Meier Maja, Frei Wohle: Man hat das Material bis jetzt so lagern können. Ich denke, dass es in Anbetracht der finanziellen Lage auch weiterhin so gelagert werden kann.

Daher stelle ich den folgenden Antrag:

Die Einwandung des Vordaches unter der Kontonummer 140.314.02 im Betrage von Fr. 62'000.-- sei aus dem Budget zu streichen und in Anbetracht der finanziellen Situation zurückzustellen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte die Aussage von Marianne Piffaretti ergänzen. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat bei jedem Posten argumentieren muss, was er sich dabei gedacht hat. Ich war zuerst der selben Ansicht wie Freis Wohle. Wir besichtigten das Feuerwehrlokal jedoch an einem Regentag. Das Vordach Richtung Geleise ist zweckmässig. Es wird dort jedoch zahlreiches Material gelagert.

Es ist der billigste Weg zur Erweiterung des Feuerwehrlokals.

Mäder Werner, Bauverwalter: Ich möchte etwas zu den Kosten sagen. Die Fr. 62'000.--, welche für diese Einwandung vorgesehen sind, können nicht gekürzt werden, wenn man diese Einwandung machen will. Damit die Funktionalität dieser Einwandung gewährleistet ist, muss noch ein Toreinbau vorgenommen werden.

Dörig Werner, FDP: Der Einwand von Freis Wohle ist berechtigt. Es kommt mir so vor, als wäre dies versteckt worden. Die Argumentation ist auf jeden Fall nachvollziehbar. Die Frage, was der Gemeinderat dabei gedacht hat, darf man doch stellen! Dazu ist der Einwohnerrat da.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich habe gesagt, dass man diese Frage stellen kann. Man kann jedoch nicht von Verstecken reden! Wenn wir jemals wieder über **WOV** diskutieren, könnte der Einwohnerrat überhaupt nichts mehr sagen. Schauen Sie die Sache an und sagen Sie ja oder nein.

Dörig Werner, FDP: Das Stichwort WOV ist gefallen! Ich möchte den Gemeinderat daran erinnern, dass die Frist für unsere Motion bereits abgelaufen ist. Wir haben aber zurzeit noch keine WOV und auch in der Gemeindeordnung steht noch nichts darüber geschrieben. Daher bitte ich Sie, dieses Wort nicht mehr zu benutzen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Frist ist zwar noch nicht abgelaufen, ich kann Ihnen jedoch sagen, dass wir die Frist nicht einhalten können.

Der Antrag wird aufrechterhalten.

Abstimmung

Der Antrag von Freis Wohle:

Die Einwandung des Vordaches unter der Kontonummer 140.314.02 im Betrage von Fr. 62'000.-- sei aus dem Budget zu streichen und in Anbetracht der finanziellen Situation zurückzustellen.

wird mit 6 Ja zu 32 Nein abgelehnt.

Seite 48 / Konto Nr. 150 / Militär (allgemein)

Zulauf Rudi, EL & Grüne: Ich spreche nicht von einem einzelnen Posten sondern von der ganzen Abteilung. Sehr vieles dreht sich um die ALST. Wenn man diese Kosten ein wenig summiert, welche zugunsten der ALST direkt budgetiert wurden, erhält man einen Aufwand von Fr. 140'000.--, bei einem Ertrag von rund Fr. 12'000.--. In der Erläuterung kann nachgelesen werden, dass es sich bereits um den zweiten Sanierungsfall handelt. Die erste sei ohne Kostenfolge für die Gemeinde abgelaufen. Mich interessiert, wie hoch die Kosten der Gesamtsanierung der ALST sind und wie die Rentabilität ist.

Was sind die Perspektiven?

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Der Gemeinderat ist interessiert daran, dass die Gemeinde Wohlen auch in Zukunft Militär haben wird. Es ist verständlich, dass die ALST nach 10 Jahren gewisse Erneuerungen benötigt. Die Anlage muss attraktiver gemacht werden, damit wir auch weiterhin Militär bekommen.

Die Gesamtsanierung beläuft sich auf rund Fr. 170'000.--. Das Militär zahlt ca. Fr. 95'000.-- an die Sanierung dieser Anlage.

Die Investition in die ALST trägt auch zur Wirtschaftsförderung bei. Ich kann Ihnen nicht in Zahlen sagen, wie viele Soldaten in Zukunft nach Wohlen kommen werden. Bereits dieses Jahr ist die Zahl jedoch gestiegen. Dies haben wir Hans Ceramella zu verdanken. Durch seine Beziehungen und sein Werben verbleiben wir weiterhin im Gespräch. Es ist so, dass wir nach der Sanierung mehr Militär in der ALST haben werden. Ich bitte Sie, diesem Betrag zuzustimmen, Sie werden sehen, Wohlen wird davon profitieren.

Meier Maja, Freis Wohle: Ist eine Sanierung der ALST zum heutigen Zeitpunkt wirklich notwendig? Haben wir Einfluss auf den Zeitpunkt?

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Wenn das Militär uns die Gelder zum jetzigen Zeitpunkt zusichert, dann müssen wir handeln. Es ist fraglich, ob wir den Beitrag auch zu einem späteren Zeitpunkt erhalten. Das Militär hat den Betrag für das Jahr 2003 budgetiert. Vielleicht kann Hans Ceramella noch etwas zu diesem Thema sagen.

Widmer Matthias, EL&Grüne: Ich verstehe das immer noch nicht ganz. Ist die Aussage richtig, dass wir seit Bestehen der ALST mehr investiert haben als eingenommen? Bezahlen wir also dafür, dass das Militär zu uns ins Dorf kommt? Oder ist das Gegenteil der Fall und es schaut noch war raus für uns?

Ceramella Hans, SVP: Der Bund zahlt rund Fr. 120'000.-- an die ALST, wir ca. Fr. 75'000.--. Nach dieser Sanierung haben wir garantiert mehr Truppen in Wohlen. Meiner Meinung nach ist jedes Geschäft dankbar, welches den Truppen Brot, Fleisch, etc. verkaufen kann.

Die Sanierung kann nur zu der Zeit vorgenommen werden, in der die Truppenunterkunft nicht belegt ist, also anfangs Jahr.

Wenn wir diesem Geschäft nicht zustimmen, lacht die Gemeinde Mellingen. Die warten nur darauf, dass wir nein sagen.

Es sieht jetzt nach einer grossen Investition aus. Doch verglichen mit den gewonnen Truppen sind die Fr. 75'000.-- gut investiert.

Widmer Matthias, EL&Grüne: Ist die Rentabilität seit Erstellung dieser Anlage gewährleistet oder nicht?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Hans Ceramella kennt dieses Objekt schon von Anfang

an. Wenn man jedoch diese Zahlen anschaut, kann das mit Bestimmtheit kein Rendite-Objekt gewesen sein. Grob gesagt war der Aufwand sicher grösser als der Ertrag was dieses Objekt anbelangt. Aber wirtschaftlich gesehen, hat es für Wohlen rentiert.

Seite 59 / Konto-Nr. 219.437 / Schulbussen

Muff Sepp, SP: Vor einigen Jahren wurden Fr. 3'700.-- budgetiert, jetzt sind es noch Fr. 200.--. Hat sich die Situation in Wohlen derart gebessert? Wie kommt man auf diese Zahlen?

Sachs Sepp, Präsident der Schulpflege: Schulbussen sind sehr schwer vorhersehbar. Es werden sicher mehr als Fr. 200.-- sein. Es ist jedoch kein Posten, mit dem die Gemeinde Wohlen ihr Budget sanieren kann.

Seite 63 / Konto-Nr. 290.365.03 / Verein Lernen im Quartier

Keusch Marianne, EL&Grüne: Wir haben in Wohlen 30 % Ausländerinnen und Ausländer, trotzdem gibt es im vorliegenden Budget kein Projekt, welches sich um die Integration dieser Personen kümmert. Der **Verein „Lernen im Quartier“** macht sehr wichtige Integrationsarbeit. Er bietet Deutschkurse für ausländische Frauen an. Diese Kurse dauern 17 Wochen und es nehmen jeweils zwischen 20 und 40 Frauen daran teil. Die Frauen können ihre Kinder mitnehmen, welche auf Deutsch betreut werden.

Die Frauen werden zu speziellen Themen (Einkaufen, Behördengänge) unterrichtet, welche ihnen die Integration vereinfachen und ihnen helfen, sich in Wohlen wohl zu fühlen.

Da dieser Verein für die Gemeinde sowie für die Ausländerinnen von grösster Bedeutung ist, stellen wir den Antrag um Erhöhung dieses Betrages von Fr. 5'000.-- auf Fr. 10'000.--.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Man war bereits sehr grosszügig, was der Betrag für den Verein „Lernen im Quartier“ betrifft. Obwohl kein Antrag vorhanden war, wollte der Gemeinderat ein Zeichen setzen, indem die Fr. 5'000.-- ohne Gesuch des Vereines im Budget belassen wurde.

Ich, als Ehemann einer Ausländerin, möchte etwas Grundsätzliches zu diesem Thema sagen: Wenn man in ein Land geht und sich integrieren will, muss man sich engagieren und die Sprache lernen. Es ist sicher gut, dies zu fördern. Ich stelle jedoch fest, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer oftmals den Ausländern anpassen. Doch irgendwann muss auch von der Gegenseite etwas kommen. Bleiben Sie bei diesen Fr. 5'000.--.

Unsere Gemeinde lässt sich dies bereits heute sehr viel kosten (Kindergarten, Schule, etc.). Setzen Sie heute ein Zeichen. Wer hierher kommt und hier leben will, muss eigene Anstrengungen unternehmen und es sich etwas kosten lassen. Man muss den Leuten nicht alles auf dem Servierbrett servieren. Ich bitte Sie um Ablehnung.

Abstimmung

Der Antrag der Gruppe Eusi Lüt & Grüne:

Der Beitrag an den Verein „Lernen im Quartier sei um Fr. 5'000.—auf Fr. 10'000.-- zu erhöhen.

wird mit 17 Ja zu 19 Nein abgelehnt.

Seite 65 / Konto-Nr. 303.311 / Anschaffung von Mobilien

Wyss Martin, SVP: Unsere Fraktion führte Diskussionen um diesen Punkt. Um die Wogen wieder zu glätten, möchte ich dazu eine Erläuterung. Handelt es sich bei diesen Fr. 3'000.-- um einen Druckfehler? Auch bitten wir Sie um eine Erläuterung dieser Anschaffungen.

Meier Erwin, Gemeinderat: Es ist richtig, dies ist ein Druckfehler auf Seite 18. Es müssten Fr. 64'000.-- sein. Die Meinung ist, dass wir neue Podeste und eine Abdeckung für den Boden anschaffen wollen. Es wurden noch keine Offerten verschickt. Der Vereinigte Verein machte uns ein Geschenk von Fr. 20'000.-- für die Anschaffung neuer Podeste. Dies wurde auch im Budget korrigiert. Allfällige weitere Sponsoren würden wir natürlich mit offenen Armen begrüßen.

Bei diversen Anlässen muss der Boden abgedeckt werden, ansonsten werden Zigarettenstummel etc. auf den Boden geworfen, was ihm natürlich schadet.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte keinen Antrag stellen, sondern eine Anregung vorbringen. Ich bitte den Gemeinderat, dass er einige tausend Franken locker macht für eine Mikrofonanlage, damit auch alle Personen gut verstanden werden. Wenn man ein Podiumsgespräch mit 5 Teilnehmern durchführt, muss man das Mikrophon von einem zum andern weitergeben. Auch wäre es höchste Zeit, dass auch der Einwohnerratspräsident über ein Mikrophon verfügt. Es muss eine Mikrofonanlage sein, welche diesem Saal und den Anlässen Rechnung trägt.

Erwin Meier, Gemeinderat: Wir haben vier Mikrophone, zwei stationäre und zwei Funkmikrophone. Das Aufrüsten dieser Anlage würde sehr viel Geld kosten. Wir können das prüfen. Es braucht dann nur noch Personen, die diese Anlage benutzen und vor allem richtig benutzen.

Seite 65 / Konto-Nr. 303.314 / Baulicher Unterhalt durch Dritte

Lanz Christian, FDP: Der Gemeindeammann hat uns am Anfang der Budgetdebatte aufgefordert, jeden Posten kritisch zu hinterfragen.

Ich beziehe mich auf den baulichen Unterhalt des **Casinos** zu welchem auf Seite 18 folgende Erklärung abgegeben wird:

Fr. 56'000.-- / allgemeiner Unterhalt und Service, 16'400.-- / laufende Malerarbeiten, Fr. 10'000.-- / Bodenplatten schleifen im Foyer, Treppe

Es ist kaum zu glauben, dass nach knapp 2 Jahren das Casino bereits wieder saniert werden muss. Der leitende Architekt dieser Sanierung gab mir auf die mündliche Anfrage zur Antwort, dass höchstens die eine oder andere Fuge ausgebessert werden müsse und das Abschleifen der Platten eine rein kosmetische Angelegenheit ist.

Ich hoffe, dass bei der heutigen finanziellen Lage der Gemeinde mit den anstehenden Grossprojekten, nur das nötige Geld gesprochen wird. Sonst müssen wir nächstes Jahr sicher eine Abdeckung für das Foyer und die Treppe sprechen. Ausser der Gemeinderat stellt in zwei bis drei Jahren selber den Antrag auf Steuererhöhung und spielt so den Ball nicht dem Einwohnerrat zu.

Meier Erwin, Gemeinderat: Ich bin etwas irritiert, ob dies der gleiche Christian Lanz ist, welcher im Musikverein war. Damals hatten wir immer zu wenig Infrastruktur. Ich beantworte diese Frage gerne. Der Boden im Foyer wurde bei der Renovation des Casinos gestrichen, da wir der Meinung waren, dass dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht nötig war.

Es ist so, dass ein Dorf durch Häuser, öffentliche Bauten und Leute, ein Gesicht bekommt. Wer in diesen Saal kommt, möchte, dass dieser einen guten Eindruck macht. Schauen Sie sich die Wände an, diese sind von den Schuhen der Gäste schwarz. Wir wollen diesen Saal in Ordnung halten, damit jeder Auswärtige einen guten Eindruck erhält. Das sind die Pläne der Betriebskommission. Bitte seien Sie grosszügig, damit dieser Saal einen guten Eindruck macht.

Lanz Christian, FDP: Ich glaube nicht, dass die baulichen Sanierungen mit der Infrastruktur etwas zu tun haben. Unter Infrastruktur verstehe ich etwas anderes.

Fischer Fredy, SVP: Erwin Meier sagt, man habe dazumal bewusst auf die Sanierung des Bodens verzichtet. Das kann schon sein. Ich möchte jedoch wissen, was in diesen Fr. 30'000.-- für Abdeckarbeiten, Demontage und für die Nachreinigung enthalten ist. Ich habe das Gefühl, dass der Effekt des Ganzen etwa im Rahmen von Fr. 20'000.-- sein wird. Die Reinigungsarbeiten von Fr. 10'000.-- sind für die Katz. Man würde diese Fr. 10'000.-- besser in eine anständige Mikrofonanlage investieren.

Meier Erwin, Gemeinderat: Die Fr. 30'000.-- kann ich nicht genau begründen. Die Offerte wurde von einer Spezialfirma gemacht. Es wurde auch schon versucht, einen billigeren Weg zu finden, was jedoch zu nichts führte. Wir haben eine Offerte für Fr. 30'000.--. Wenn Sie diesen Betrag aus dem Budget streichen, lassen wir es halt. Ich bin jedoch der Meinung, dass es doch sehr viel bringen würde. Und in den nächsten Jahren werden wir nicht mehr Geld zu Verfügung haben.

Seite 72 / Konto-Nr. 540.365.01 / Kinderhort Farnbühl (Peter Dreifuss)

Becker Doris, Freis Wohle: Wie wir sehen, wird dieser **Kinderhort** auch im nächsten Jahr wieder Fr. 15'000.-- erhalten. Dem habe ich gar nichts zu entgegnen. Aber ich bin der Meinung, dass dies nach wie vor eine unbefriedigenden Situation ist. In diesem Zusammenhang möchte ich nach dem Postulat, welches vor ca. 2 Jahren überwiesen wurde, fragen. Wurde da schon was gemacht? Bekommt der Einwohnerrat in nächster Zeit etwas vorgelegt?

Külling Harold, Gemeinderat: Diskussionen haben bereits stattgefunden, Papiere liegen vor. Auch der Gemeinderat wird darüber diskutieren. Es ist also etwas am Tun.

Jauslin Matthias, FDP: Aufgrund der Umwandlung der Rechtsform IBW in zwei eigenständige Aktiengesellschaften sollte es selbstverständlich sein, dass die Leistungen dieser Gesellschaft zu marktüblichen Preisen eingekauft werden. Dieser Marktwert, da sind wir uns sicher einig, ist nur mit dem effektiven Markt bestimmbar. Daher ist es mir unerklärlich, dass der Unterhalt, die Sanierungen und der Bau der öffentlichen Beleuchtung einfach an ein bestimmtes Unternehmen vergeben wird. In diesem Fall an die IBW Technik AG. Es ist klar festzuhalten, dass die öffentliche Beleuchtung im Eigentum der Einwohnergemeinde ist. Ich stelle folgenden Antrag:

Die Arbeitsvergabe Position Konto 620.314.04 „Unterhalt der Strassenbeleuchtung“ muss unter Wettbewerbssituation erfolgen. Wo vorgeschrieben, ist nach den Richtlinien des Submissionsdekretes auszuschreiben.

Der Text „IBW Technik AG“ ist zu streichen.

Ein Grossteil der Anwesenden hier im Saal haben der Umwandlung der IBW in eine privatrechtliche Unternehmung zugestimmt. Daher soll diese Firma ihre Aufträge auf dem üblichen Weg zu Marktpreisen akquirieren. Das ist für mich die logische Folge davon. Ich bitte Sie, im Sinne des Steuerzahlers, diesem Antrag zuzustimmen.

Meier René, Gemeinderat: Die Ausführungen von Matthias Jauslin sind falsch. Wir bewegen uns im Budget und da wird nicht über Arbeitsvergaben diskutiert. Es ist eine Auflistung von Arbeiten, welche wir gedenken noch zu machen. Die Arbeitsvergaben werden unter Befolgung der Vorschriften des Submissionsdekretes durch den Gemeinderat vorgenommen. Wenn uns vorgeworfen wird, dass wir die IB Wohlen AG bevorteilen, kann ich Ihnen ganz klar sagen: Dem ist nicht so. Der Gemeinderat arbeitet genau nach Vorschriften.

Es gibt natürlich Arbeiten, die der IBW vorbehalten sind, wo es für die Kontinuität der Anlagen wichtig ist, dass die IBW diese Arbeiten ausführt. Der Gemeinderat will an dieser Praxis festhalten.

Jauslin Matthias, FDP: Es gibt einen Leistungs- und Konzessionsvertrag zwischen der Einwohnergemeinde und der IBW. Unter Art. 9 Abs. 2 steht Folgendes geschrieben: *Die IB Wohlen AG erstellt, betreibt und erhält die Leitungen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung.... gegen Entschädigung im Rahmen vom vereinbarten Jahresbudget.* Es ist nicht ganz richtig und korrekt, wenn die Submissionsverordnung mit einem solchen Vertrag umgangen wird. Es ist folgende Sache anzufügen: Gemäss aktuellem Submissionsdekret ist im Art. 8 Abs. 1 und 2 ganz klar festgehalten, dass Lieferung und Dienstleistung für Bau-Nebengewerbe ab Fr. 250'000.-- im offenen oder selektiven Verfahren und ab Fr. 150'000.-- im Einladungsverfahren durchgeführt werden müssen. Gemäss Verwaltungsgerichtsentscheid sind wiederkehrende Leistungen nach Vertragsdauer zu multiplizieren. Leistungen des Konzessionsvertrages sind gemäss Art. 13/Vertragsdauer 01.01.2002 kündbar das erste Mal im 2006, also 4 Jahre. Wenn wir im Budget schauen, was in diesen 4 Jahren alles enthalten ist, sehen wir Folgendes: Fr. 70'000.-- für den Unterhalt der Strassenbeleuchtung. Wenn dies multipliziert wird auf die 4 Jahre erhalten wir Fr. 280'000.--. Aufgrund dieses Betrages, müssten diese Arbeiten bereits ausgeschrieben werden. Im Übrigen kann die Vergabebehörde bei allen Aufträgen eine Wettbewerbssituation schaffen, wenn sie will. Meine Aussagen stützen sich auf die Rücksprache mit dem Kantonalen Baudepartement, Herr Rüegger, und auf das aktuelle Dekret.

Im Rahmen des vereinbarten Jahresbudgets kann dieser Auftrag nicht an die IBW Technik AG vergeben werden. Als Aufsichtsorgan wird vom Einwohnerrat ganz klar eine Ausschreibung verlangt. Alles andere ist nicht korrekt und kann eine Aufsichtsbeschwerde zur Folge haben, welche beim Verwaltungsgericht eingereicht wird.

Meier René, Gemeinderat: Sie werden uns hoffentlich zugestehen, dass auch wir das Submissionsdekret kennen. Matthias Jauslin interpretiert den Konzessionsvertrag auf seine eigene Art. Es steht geschrieben, dass die **IB Wohlen AG** die Leitungen und Anlagen erstellen, betreiben und unterhalten. Das heisst, im Rahmen von dem, was wir zur Verfügung haben, was Sie bewilligen, kann der Gemeinderat Aufträge an die IBW geben. Es heisst jedoch nicht zu welchem Preis. Es ist auch nicht richtig, dass dieser Betrag kumuliert wird. Wir wissen doch gar nicht, was wir in zwei oder drei Jahren vergeben werden. Es sind einzelne Aufträge. Wenn wir der Meinung sind, dass dies Nachfolgeaufträge für das gleiche Objekt sind, was gemäss Submissionsdekret möglich ist, werden solche Leistungen selbstverständlich nach dem Submissionsdekret ausschreiben. Es kann nicht sein, dass Matthias Jauslin diese Auskunft vom Baudepartement erhalten hat. Evtl. hat er die Frage anders gestellt.

Abstimmung

Der Antrag von Matthias Jauslin:

Die Arbeitsvergabe Position Konto 620.314.04 „Unterhalt der Strassenbeleuchtung“ muss unter Wettbewerbssituation erfolgen. Wo vorgeschrieben, ist nach den Richtlinien des Submissionsdekretes auszuschreiben.

Der Text „IBW Technik AG“ ist zu streichen.

wird mit 17 Ja, 14 Nein, 8 Enthaltungen und 1 Ausstand angenommen

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Ich möchte zu Händen des Protokolls anfügen, dass die Rechtmässigkeit des Beschlusses überprüft werden muss.

Seite 80 / Konto-Nr. 721.311 / Anschaffung von Containern + Behältern für Sammelstellen

Fischer Arthur, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission bittet, diesen Betrag zu streichen. Es geht hier um einen Versuch eines Systems von versenkbaren Behältern, welche ca. 1,5 m im Boden befestigt sind und sehr sauber aussehen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen dieses Containersystem. Wir sind jedoch der Meinung, dass nicht ein Fr. 33'000.-- teurer Versuch gemacht werden muss, da für das System bereits Erfahrungswerte vorliegen. Das System gibt es bereits seit 7-8 Jahren und wird in der Schweiz vertrieben. Ziel ist es vermutlich, dieses System bei allen 10 Wohler Sammelstellen einzuführen, was Kosten von rund Fr. 350'000.-- zur Folge hat. Natürlich würde dies dann mittels Bericht und Antrag dem Einwohnerrat zu Genehmigung vorgelegt.

Es hat in der Nähe Gemeinden, welche dieses System anwenden und welche sicher besichtigt werden könnten. Ich persönlich erachte das System als sehr gut, finde es jedoch überflüssig, zuerst einen teuren Versuch zu machen, obwohl Erfahrungswerte bereits vorhanden sind. Falls der Einwohnerrat den Bericht und Antrag zurückweist, hätten wir dann zwei verschiedene Systeme.

Antrag der Finanzkommission:

Die Finanzkommission beantragt, den Betrag von Fr. 33'000.-- für die Anschaffung von Containern und Behältern aus dem Budget zu streichen.

Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates dem Antrag der Finanzkommission nicht zuzustimmen.

Momentan haben wir 9 Sammelstellen. Im Bereich Mulden haben wir Glasmulden zugemietet. Die Miete beträgt Fr. 86.00/Tonne Glas. Es ist bekannt, dass betreffend Ordnung um die Sammelstellen Probleme bestehen. Dies führt auch zu einem Aufwand für das Bauamt, die für die Instandstellung der Entsorgungsstellen zuständig sind.

Dann haben wir vor allem im Bereich Glas mit Lärmimmissionen zu kämpfen. Die Anwohner möchten diese Sammelstelle nicht mehr in ihrer Nachbarschaft.

Was möchte der Gemeinderat mit diesem Versuch? Wir möchten eine Sammelstelle mit diesem System ausrüsten. Es ist richtig, dass sich dieses System zu 2/3 im Boden befindet. Es ist sehr bedienerfreundlich, sogar behindertengerecht. Es ist richtig, dass andere Gemeinden dies bereits eingeführt haben. Die Erfahrungen sind positiv. Jedoch haben alle Gemeinden gesagt, dass wir unseren eigenen Versuch machen sollen, da die Akzeptanz nicht überall gleich ist. Daher möchten wir in Wohlen den Versuch starten. Ich kann Ihnen noch nicht sagen, wo diese Stelle sein wird. Es ist sehr wichtig, dass wir Erfahrungen sammeln. Wie denkt die Wohler Bevölkerung darüber? Es wird ganz klar eine Umstellung zur Folge haben. Daher wollen wir nicht sofort mit einem Bericht und Antrag kommen.

Wie wir wissen, haben wir dann praktisch keinen Lärm mehr. Es handelt sich um sehr starke Plastiksäcke, welche in den Röhren sind. Sicher kann in Zukunft auch das Bauamt entlastet werden.

Ich bitte Sie, uns diese Fr. 33'000.-- für diesen Versuch zu sprechen.

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich für die Beibehaltung der Fr. 33'000.--. Wir möchten jedoch vom Gemeinderat hören, dass bei erfolgreichem Versuch nicht die Anlagen nach und nach eingeschleust werden, sondern ein separater Bericht und Antrag vorgelegt wird.

Fischer Arthur, Präsident Finanzkommission: Das System ist unumstritten. Wir debattieren darüber, ob der Versuch notwendig ist oder nicht. Da bereits in über 40 Gemeinden dieses System eingeführt wurde, hat man die Akzeptanz mit Bestimmtheit überprüft. Ich denke nicht, dass die Wohler Bevölkerung anders denkt. Wenn dieser Versuch nicht gemacht wird, können ganz klar Kosten gespart werden.

Christian Müller, Gemeinderat: Wenn der Versuch funktioniert, wird Ihnen sicher ein Bericht und Antrag zur Genehmigung vorgelegt.

Uns wurde ganz klar von anderen Gemeinden empfohlen, dass wir mit einem Versuch selber Erfahrungen sammeln. Meiner Meinung nach macht das auch Sinn.

Muff Sepp, SP: Was passiert mit den bisherigen Mulden? Können diese zurückgegeben werden?

Müller Christian, Gemeinderat: Diese sind gemietet und werden zurückgegeben.

Abstimmung

Der Antrag der Finanzkommission:

Der Betrag von Fr. 33'000.-- für die Anschaffung von Containern und Behältern sei aus dem Budget zu streichen

wird mit 15 Ja zu 25 Nein abgelehnt.

Seite 94 / Konto-Nr. 620.501.02 / Neubau von Strassenbeleuchtung durch IBW

Jauslin Matthias, FDP: Es geht um dasselbe wie bei meinem vorherigen Antrag:

Die Arbeitsvergabe Position Konto 620.501.01 „Neubau Strassenbeleuchtung“ muss unter Wettbewerbssituation erfolgen. Wo vorgeschrieben, ist nach den Richtlinien des Submissionsdekretes auszuschreiben.

Der Text „IBW Technik AG“ ist zu streichen.

Meier René, Gemeinderat: Ich kann wieder die selben Ausführungen machen wie vorhin. Beispiel: Wenn Matthias Jauslin das Votum abgibt, dass die Bauverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften Baubewilligungen erteilen, wäre das genau dasselbe, was er jetzt macht. Es ist doch ganz klar, dass der Gemeinderat nach den gesetzlichen Vorschriften handelt. Ich sehe nicht ein, dass uns Matthias Jauslin uns damit mehr Arbeit macht.

Abstimmung

Der Antrag von Matthias Jauslin:

Die Arbeitsvergabe Position Konto 620.501.01 „Neubau Strassenbeleuchtung“ muss unter Wettbewerbssituation erfolgen. Wo vorgeschrieben, ist nach den Richtlinien des Submissionsdekretes auszuschreiben.

Der Text „IB Technik AG“ ist zu streichen.

wird mit 19 Ja, 13 Nein, 7 Enthaltungen und 1 Ausstand angenommen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Rechtmässigkeiten der Anträge Jauslin muss abgeklärt werden. Das werden wir machen.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Genehmigung des Voranschlages 2003 der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 105 %

wird einstimmig angenommen

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Ich danke dem Gemeinderat, der Finanzkommission, der Finanzverwaltung und allen beteiligten Verwaltungsstellen für ihre Arbeit.

Muff Sepp, SP: Wir sind nun seit 3 Stunden hier! Ich stelle den Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung.

Schürmann Tomi, Freis Wohle: Diese zwei Traktanden wurden bereits einmal verschoben, das ist den Motionären gegenüber nicht fair. Eigentlich sollten sich die Motionäre dazu äussern. Wenn die Sitzung abgebrochen würde, müsste man natürlich diese beiden Traktanden an der nächste Sitzung an den Anfang stellen.

Widmer Matthias, Eusi Lüüt&Grüne: Ich wäre froh, wenn diese beiden Geschäfte noch in dieser Sitzung behandelt würden. Wenn sie jedoch verschoben werden, ist es auch o.k.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag von Sepp Muff auf Abbruch der Sitzung

wird mit 14 Ja zu 22 Nein abgelehnt.

**Erhöhung des finanziellen Beitrages zuhanden des Vereins für Jugend und Freizeit (VJF) zur Durchführung der offenen Jugendarbeit (10018)
Indexierung des finanziellen Beitrages zuhanden der öffentlichen Jugendarbeit (10019)**

Widmer Matthias, Eusi Lütet & Grüne: Ich werde mich nun zu beiden Traktanden äussern. Ich füge auch noch einige zusätzliche Ausführungen an.

1993 wurde der Verein für Jugend und Freizeit durch den Zuspruch der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eines jährlichen Beitrages ins Leben gerufen. Der damalige Freizeitverein wurde damit faktisch umgewandelt in den Verein für Jugend und Freizeit. Dazumal wusste man noch nicht genau, in welche Richtung sich das Tätigkeitsfeld bewegt. Sehr schnell hat sich jedoch herauskristallisiert, dass der grösste Handlungsbedarf bei der offenen Jugendarbeit liegt. Die offene Jugendarbeit ist für Jugendliche, welche durch schwierige Verhältnisse oder durch ein unterschiedliches kulturelles Umfeld im Extremfall keine grosse Chancen hätte, unsere gesellschaftlichen Werte und Normen kennen zu lernen und damit umzugehen. Das Haupttätigkeitsfeld der VJF-Arbeit liegt ganz klar bei der offenen Jugendarbeit. Die Arbeit muss professionell getätigt werden. So wird ein grosser Teil des VJF-Budgets für qualifizierte Arbeit eingesetzt.

Man kann sich bei einem Besuch beim VJF persönlich überzeugen lassen, wie komplex die Arbeit ist und wie schwierig die Probleme mit den Jugendlichen teilweise sind. Es kann also nicht vom eingeschlagenen Weg, die Professionalisierung durch ausgebildete Arbeitskräfte, abgewichen werden. Eine professionelle Betreuung der Jugendlichen ist für uns jungen Einwohnerräte eine dringliche Notwendigkeit.

Wenn jedoch die Lohnkosten fast das gesamte Budget ausmachen und auf der anderen Seite die Einnahmen der Teuerung nicht angepasst werden, ist es nicht schwer abzuschätzen was passiert. Bereits musste daher ein Angestellter entlassen werden und einige beliebte Aktionen wurden vom Programm gestrichen. Wir reden daher von einem Leistungsabbau. Die Angebots- und Leistungsstärke dieser Organisation wurde in den letzten Jahre kontinuierlich abgebaut. Dies wird auch weiterhin der Fall sein, wenn nichts dagegen unternommen wird. Das stimmt mit der Entwicklung unserer Gesellschaft nicht überein.

Immer weniger Jugendliche sind Mitglieder in einem Verein und die Eltern nehmen die Erziehung ihrer Kinder nicht wahr. Alle die, die zuhause keine Möglichkeit haben elementare Regeln unserer Gesellschaft kennen zu lernen, werden es schwierig haben einen Einstieg in das Erwachsenenleben zu bekommen.

Sie können mir glauben, dass das Schellhausteam sehr haushälterisch mit ihrem Geld umgeht. Aber die Situation hat nun ein Mass erreicht, welches unserer Ansicht nach nicht mehr länger toleriert werden kann. Unsere erste Motion haben wir eingereicht, um den Teuerungsverlust der letzten Jahre auszugleichen. Die zweite Motion, um den Teuerungsausgleich in Zukunft zu garantieren. Natürlich verfolgen beide Motionen das selbe Ziel und gehören zusammen. Sorgen Sie mit einem „Ja“ zu unseren Motionen dafür, dass all unsere Jugendlichen den verantwortungsvollen Umgang mit unserer Gesellschaft lernen dürfen, auch jene die sonst niemand haben. Es wird garantiert auch uns zu Gute kommen. Neben den vielen anderen positiven Effekten der Jugendarbeit, möchten wir jedoch herausstreichen, dass diese Arbeit ein effektiver Beitrag ist, um die Jugendkriminalität zu senken.

Wir danken Ihnen herzlich für die Unterstützung.

Külling Harold, Gemeinderat: Der Gemeinderat lehnt die Vorstösse ab.

Begründung

Formelles:

An der Volksabstimmung vom 26. September 1993 haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Wohlen den **Verein für Jugend und Freizeit** mit der Durchführung der offenen Jugendarbeit ab 1. Januar 1994 beauftragt, ihm dafür einen jährlichen Beitrag von Fr. 180'000.-- und bis auf Weiteres die Benützung des Schellhauses gewährt.

Der Rechtsdienst der Gemeindeabteilung des Departements des Innern geht davon aus, dass ein Beschluss nur durch einen Beschluss mindestens gleicher Stufe angepasst werden kann. Das heisst, dass ein Beschluss, welcher dem obligatorischen Referendum unterliegt, nur durch einen Beschluss, welcher ebenfalls dem obligatorischen Referendum unterliegt, abgeändert, ergänzt oder aufgehoben werden kann. Die Erhöhung des Beitrages an den Verein für Jugend und Freizeit wäre somit wiederum dem Volk zu unterbreiten. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Erhöhung durch einen festgesetzten Betrag oder durch Indexierung erfolgt.

Materielles:

Wie die Motionäre richtig feststellen, wurde mit dem Beschluss von 1993 der Verein für Jugend und Freizeit (VJF) mit der Durchführung der vereinsunabhängigen offenen Jugendarbeit beauftragt. Diese Aufgabe hat somit die Gemeinde nicht direkt übernommen, sondern hat sie an den VJF delegiert und dafür einen jährlichen grosszügigen Pauschalbetrag von Fr. 180'000.-- gesprochen. Wie diese offene Jugendarbeit geleistet wird, liegt somit im autonomen Entscheidungsbereich des VJF, wobei die Gemeinde durch Einsitznahme im Vorstand eine gewisse Kontrollfunktion ausübt. Massgeblich ist jedoch, dass es einzig Sache des VJF ist, wie er die an ihn gestellte Aufgabe erfüllt. Wenn die Motion damit begründet wird, der Vorstand habe aufgrund des gleichbleibenden Beitrages der Gemeinde die Stellenprozente reduzieren müssen, geht eine solche Argumentation am System der offenen Jugendarbeit, wie es der Stimmbürger in Wohlen eingerichtet hat, vorbei. Es ist die autonome Angelegenheit des VJF, wie er mit den von der Gemeinde gewährten Mitteln auskommt. Zurecht wird von den Motionären nicht behauptet, die offene Jugendarbeit sei in Frage gestellt, zumal der pauschale jährliche Beitrag von Fr. 180'000.-- äusserst grosszügig ist, vergleicht man, mit welchen finanziellen Beiträgen die Gemeinde andere Vereine aller Art unterstützt. Es kommt noch hinzu, dass der Beitrag an den VJF ohne jegliche Vorbedingung zugesichert ist und der Vorstand fest damit rechnen kann. Andere Vereine müssen jährlich unter Vorlage von Jahresrechnung und Bilanz einen neuen Antrag auf einen Beitrag stellen oder erhalten einen einmaligen Beitrag für eine zweckgebundene Investition. Dies zeigt, dass der Stimmbürger seinerzeit ein grosses Vertrauen in den Vorstand des VJF setzte, welches nach Meinung des Gemeinderates nun nicht überdehnt werden darf.

Im Jahr 1998 beauftragte der Gemeinderat die Jugendkommission mit der Durchführung einer Beurteilung der offenen Jugendarbeit des VJF. Der Bericht vom 26. Juni 1999 stellt u.a. fest, dass eine Gewichtsverlagerung der Bedürfnisse der Jugendlichen festzustellen ist. Zusätzliche Aktivitäten im Bereich Anlässe und Projekte sowie Freizeitarbeit werden nicht gewünscht. Hingegen wollen sie mehr „Frei-Räume“, in denen sie individuell und eigenaktiv ihre Freizeit gestalten können. Die selben Feststellungen erfolgten anlässlich der Jugendsession.

Es zeigte sich, dass nicht die finanzielle Ausstattung des VJF das Problem ist, sondern unter anderem auch die unbefriedigende Raumsituation. Diese kann durch einen erhöhten Beitrag um Fr. 20'000.-- oder der Indexierung auch nicht gelöst werden. Der Gemeinderat hat sich im Anschluss an die entsprechende Petition der Jugendsession eingehend damit auseinandergesetzt,

ist jedoch zu keiner Lösung gekommen, schlichtweg deshalb, weil sich bis heute keine besser geeigneten Räume finden liessen.

Schliesslich gilt es festzuhalten, dass der VJF nicht nur vom grosszügigen Pauschalbeitrag profitiert, sondern noch von weiteren Leistungen der Gemeinde:

- Liegenschaft **Schellhaus** mietfrei
- Mehrzweckraum **Bleichi** zum Teil mit Umgebung kostenlos für diverse Anlässe
- Leistungen des Bauamtes

Wenn in der Motion ausgeführt wird, über die Hälfte aller Jugendlichen seien vereinsunabhängig, so muss sich der Vorstand des VJF fragen lassen, ob er diese Jugendlichen mit seiner Arbeit auch erreicht. Die Untersuchungen der Jugendkommission jedenfalls konnten das nicht bestätigen. Wie dargestellt, ist es die autonome Verantwortung des Vereines, wie er die offene Jugendarbeit gestalten will. Angesichts der nicht immer leichten Arbeit mit denjenigen Jugendlichen, welche im Schellhaus verkehren, ist der Gemeinderat nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse der Abklärungen der Jugendkommission bereit, weiterhin am bisherigen System festzuhalten und dieses auch gegenüber möglicherweise teilweise berechtigter Kritik in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Mit der Überweisung der vorliegenden Motionen werden die Mängel der offenen Jugendarbeit in Wohlen nicht behoben.

Indexierung

Der Gemeinderat lehnt auch eine Indexierung des Beitrages an den VJF ab, und zwar aus präjudiziellen Gründen. Viele andere Vereine leisten in unserer Gemeinde wertvolle Jugendarbeit. Diese werden in weit geringerem Mass von der Gemeinde unterstützt. In keinem Fall sind die Beiträge indexiert.

Ich bitte Sie, aufgrund dieser Überlegungen, die zwei Motionen nicht zu überweisen.

Bertschi Bruno, SVP: Die Fraktion SVP-Dorfteil Anglikon lehnt beide Motionen ab. Seit Jahren verlangt die SVP detaillierten Einblick in die Rechnung des VJF. Wir möchten wissen, was mit unserem Geld passiert. Im Gegensatz zu **Jungwacht** und **Pfadi**, welche unserer Meinung nach ebenso Grosses für unsere Jugend leisten, weiss die breite Öffentlichkeit relativ wenig über die Tätigkeit des VJF. Jungwacht und Pfadi müssten unserer Meinung nach im gleichen Rahmen wie der VJF unterstützt werden. Auch wir wissen natürlich, dass es besser ist, wenn unsere Jugend sinnvoll beschäftigt ist. Die SVP weiss jedoch auch, dass auch im Elternhaus mehr gemacht werden müsste. Die Erziehung der Kinder ist die Kernaufgabe der Eltern und dürfte nicht, aus welchen Gründen auch immer, den Lehrern oder dem VJF überlassen werden. Und wenn schon, müssten diese Eltern zu Kasse gebeten werden. Es gibt auf dieser Welt Sachen, die lassen sich nur über das Portemonnaie organisieren. Unserer Meinung nach ist der bisherige Betrag von Fr.180'000.-- ohne Indexierung beizubehalten und jedes Jahr kritisch zu hinterfragen. Wir bitten Sie, dieser Motion nicht zuzustimmen.

Keusch Marianne, Eusi Lütet&Grüne: Ich habe gerade auf die Einwendungen der SVP gewartet. Wir haben einen 21-köpfigen Vorstand, damit genau dies nicht geschehen sollte. Jede politische Partei, alle Kommissionen der Gemeinde, welche etwas mit Jugendlichen zu tun haben, und auch der Gemeinderat ist vertreten. Jeder hat Einblick in die Tätigkeiten des VJF. Es finden 4 mal jährlich Vorstandssitzungen statt und wer noch mehr mitarbeiten möchte, kann sich in den Ausschuss melden. Die SVP hat es tatsächlich fertig gebracht, in den letzten 3 Jahren jemanden im Vorstand zu haben, der nur an der Jahresversammlung anwesend war, an welcher er gewählt

wurde. 3 Jahre lang an keiner Sitzung, sich niemals entschuldigt! Dann ist mir schon klar, dass man keinen Einblick hat. Wir geben jedes Jahr einen Jahresbericht heraus. Wer interessiert ist, kann auch an die GV kommen, dort wird unter anderem auch über die Rechnung informiert. Diese Vorwürfe sind völlig unhaltbar. Ein Vergleich mit einem anderen Verein ist unzutreffend. Andere Gemeinden rundherum lassen sich die Offene Jugendarbeit viel kosten. Im Gegensatz zu denen, werden wir mit unseren Fr. 180'000.-- stiefmütterlich behandelt.

Widmer Matthias, Eusi Lüt & Grüne: Ich habe dem nicht mehr viel beizufügen. Die Ausführungen von **Harold Külling** sind absolut richtig. Raumnot ist für uns jedoch ein anderes Thema. Wir reden nur von betreuter Jugendarbeit. Es ist in unseren Augen nicht sinnvoll wenn man den Jugendlichen, welche dort sind, Freiräume zugesteht, da eine gewisse Gewaltbereitschaft vorhanden ist. Ich beziehe mich auf einen der letzten Sätze von Harold Külling: „Die Gemeinde möchte an dem bisherigen System festhalten.“ Das möchten wir Motionäre auch, wir möchten den jetzigen Standart beibehalten. Auch wenn das im schlimmsten Fall auch über den Soverän läuft. Mit dieser Argumentation wird dieser Verein auch in 100 Jahren noch Fr. 180'000.-- bekommen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich muss Marianne Keusch auch etwas entgegenen. Während der Legislatur 1998/99 wollte ich zweimal die Rechnung vom VJF sehen. Doch jedes Mal gab es keinen Einblick, es hiess, die Rechnung sei von der Finanzkommission geprüft worden und das wäre gut so.

Jöhl Stephan, CVP-CSP, Junge CVP: Wir haben uns mit dem Thema befasst und sind der Meinung, dass die offene Jugendarbeit in Wohlen einen sehr hohen Stellenwert haben muss. Wir brüsten uns vielfach als grösste Schulgemeinde des Kantons. Aus diesem Grund sollte man dem Bereich Jugendarbeit Rechnung tragen. Unsere Fraktion ist für die Überweisung beider Motionen.

Dörig Werner, FDP: Wir teilen die Argumentation des Gemeinderates vollumfänglich. Insbesondere die rechtliche Würdigung scheint uns entscheidend. Wir wissen natürlich auch, was heute in die Prävention investiert wird und das dies evtl. wieder zu Einsparungen führt. Seit Gründung dieses Vereins sind insgesamt ca. Fr. 1.5 Mio. in diesen Verein gelaufen. Dies ist doch eine schöne Summe.

Wir teilen die Argumentation des Gemeinderates, welche für uns einleuchtend ist und werden die Motionen mehrheitlich nicht überweisen.

Külling Harold, Gemeinderat: Auch ich war in der Pfadi. Der VJF kann jedoch nicht einfach mit anderen Vereinen verglichen werden. Es muss vom System ausgegangen werden. Und man hat nun mal für die Offene Jugendarbeit einen Verein eingesetzt, welcher autonom handelt. Es wurde gesagt, dass der VJF noch in 100 Jahren Fr. 180'000.-- erhalten wird. Ich bin erstaunt, dass man den Einwohnerrat seitens des Vereins nicht informiert, wie die Situation zur Zeit ist. Am 22. Sept. 2002 erhielt der Gemeinderat vom VJF einen Brief, in welchem unter anderem geschrieben steht: „Es zeichnet sich für die nächste GV im März 2003 die Situation ab, dass wir keine Nachfolge für das Präsidium stellen können. Fragen an den Gemeinderat: Was passiert mit der Offenen Jugendarbeit, wenn der Vereinsvorstand mangels ehrenamtlichen Mitgliedern im Ausschuss des Präsidiums seine Arbeit nicht mehr wahrnehmen kann? Ist der Gemeinderat bereit, das Mandat zu übernehmen und abzuklären, wie die Offene Jugendarbeit in die Verwaltung integriert wird?“

Sie müssen sich bewusst sein, dass, wenn Sie die Motion überweisen, beauftragen Sie uns eine Beitragserhöhung mittels Bericht und Antrag, obwohl der heutige Zustand des VJF offenbar in Frage gestellt ist. Der Gemeinderat steht zwar hinter diesem System. Es ist auch nicht das Prob-

lem des Gemeinderates, sondern des VJF. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass man das Gespräch mit dem Vorstand des VJF aufnehmen will. Doch die jetzige Situation zeigt doch klar, dass das Problem auf einer ganz anderen Ebene liegt. Es wäre verfehlt, dieser Motion zum jetzigen Zeitpunkt zuzustimmen. Man muss abwarten, wie das Gespräch zwischen VJF und Gemeinderat verläuft und wie die Perspektiven sind.

Zulauf Ruedi, Eusi Lüt&Grüne: Bin der Meinung, dass wir hier auch Gefangene einer komischen Konstruktion sind. Seit es die Offene Jugendarbeit gibt, hatte sie in Wohlen nie den Charakter einer öffentlichen Aufgabe. Dieses Image klebt ein wenig an der Jugendarbeit. Die Jugendarbeit spielt sich an einem gesellschaftlichen Brennpunkt ab, dies darf nicht unterschätzt werden. Wenn sich die Eltern, aus welchen Gründen und Voraussetzungen auch immer, aus ihrer Verantwortung ziehen, führt das zu Problemen, von denen wir alle betroffen sind. Wir reden hier eigentlich über den Preis, welcher uns die offene Jugendarbeit wert ist. Wenn der Verein für Jugend und Freizeit die Aufgabe nicht mehr übernehmen kann, bleibt die Aufgabe trotzdem bestehen und es muss sie jemand übernehmen. Die Aufgabe wird bestehen bleiben und wird ihren Preis haben.

Hartmann Karl, FDP: Ich bin selber einer, der ca. 6 Jahre Jugendarbeit betrieben hat. Ich habe damals alles ehrenamtlich gemacht und zwischen 10 und 30 Stunden pro Woche gearbeitet. Ich habe für die Jugend Geld gesammelt und Lager durchgeführt mit bis zu 100 Jugendlichen. Ich frage mich, ob die idealistischen Ziele noch immer stimmen. Ich sehe aber auch mit Ernüchterung, dass man alles was man soll und will, nicht erreichen kann. Wäre es nicht besser, man würde mit den Jugendlichen etwas organisieren, damit man zu Geld kommt, anstatt einfach abzuwarten?

Furter Fabian, SP: Sämtliche Motionäre waren Jungwachtleiter. Wir wissen, wovon Karl Hartmann spricht. Bei unserem Anliegen geht es jedoch um etwas ganz anderes. Es geht um die Jugendlichen, die sich nicht organisieren können und wollen.

Immer wieder wird der VJF mit anderen Vereinen verglichen. Es wird gesagt, dass wir im Vergleich zu diesen grosszügig unterstützt werden. Wird der Verein jedoch mit der Offenen Jugendarbeit anderer Gemeinden verglichen, kann man sagen, dass dies nicht stimmt.

Keusch Marianne, Eusi Lüt&Grüne: Es ist richtig, wir haben einen Brief an den Gemeinderat geschrieben. Es ist schwierig, für diese Arbeit ehrenamtliche Personen zu finden, vor allem für den Ausschuss und das Präsidium. Das ist aber auch nicht verwunderlich. Wir müssen so viel kämpfen und uns immer wieder rechtfertigen, dies ist sehr zermürend. Ich bin nun seit 1994 in diesem Verein tätig und es geht immer wieder um dasselbe.

Külling Harold, Gemeinderat: Das ist genau der Grund, warum man diese Motion nicht überweisen darf. Die Probleme liegen an einem ganz anderen Ort. Das Volk hat sich für ein System entschieden. Wir stellen nun fest, dass dieses System in einer Krise steckt. Meiner Meinung nach hilft in einer solchen Situation die Überweisung der Motion nicht. Man würde einem System Geld geben, obwohl man zuerst diskutieren muss, wie es überhaupt weitergeht.

Widmer Matthias, Eusi Lüt&Grüne: In einer solchen Situation geht es nur darum, was Ihnen die offene Jugendarbeit wert ist, der Werterhalt.

Huwiler Paul, CVP-CSP: Ich habe mich bereits entschieden. Ich habe zwar auch gespürt, dass in der Struktur Schwierigkeiten bestehen. Wenn wir diese Motion nicht überweisen, ist dies ein falsches Zeichen. Obwohl die Form des VJF auch aus meiner Sicht zu hinterfragen ist.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Ich war eigentlich für die Überweisung der Motion, nun habe ich Bedenken. Wenn wir diese Motion überweisen, der Gemeinderat beschliesst, den Betrag zu erhöhen und das Volk sagt dann Nein. Denn im heutigen Zeitpunkt würden das Volk nie den Fr. 210'000.-- zustimmen. Seid zufrieden mit diesen Fr. 180'000.--. Vor einer Volksabstimmung habe ich Bedenken.

Muff Sepp, SP: Wir sind wieder bei der genau gleichen Situation angelangt wie schon bei der Schulleitung. Wenn ich nun zu dieser Motion nein sage, hält man mir im Nachhinein vor, nicht für die Jugendarbeit zu sein. Die Argumente des Gemeinderates sind für mich einleuchtend. Eine erneute Volksabstimmung ist unter Umständen eine teure Angelegenheit. Wenn ich zu den Motionären gehören würde, würde ich die Motionen zurückziehen. Es wäre besser gewesen, man hätte die Motionen heute gar nicht behandelt.

Ich werde die Motionen nicht unterstützen, bin jedoch nicht gegen die Jugendarbeit. Es ist wichtig, dass weitergemacht wird und ich bin dafür, dass eine geeignete Lösung gefunden wird.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben gehört, die CVP war ursprünglich einstimmig für die Überweisung. Ich denke, nach diesen Informationen ist das auch nicht mehr der Fall. Ich bitte Sie, sich alles nochmals in Erinnerung zu rufen, bevor Sie entscheiden. Wenn Sie jedoch für die Überweisung sind, wird alles, was heute Abend im Rahmen des Budgets über das Sparen gesagt hat, unglaublich. Im Falle einer Überweisung könnte jeder Verein kommen und die Indexierung seines Gemeindebeitrages verlangen.

Meier René, Gemeinderat: Ich möchte Ihnen folgendes zum Überlegen geben: Von den Unsicherheiten des VJF haben wir bereits gehört, wir wissen nicht, was mit diesem Verein passiert. Sie müssen sich vorstellen, im Laufe des 2003 wird über das weitere Bestehen des VJF diskutiert. In dieser Phase wird eine Volksabstimmung abgehalten. Ich teile die Meinung von Tomi Schmid, diese Vorlage hätte keine Chance. Der Gemeinderat ist grundsätzlich nicht der Meinung, dass die Jugendarbeit nicht mehr als Fr. 180'000.-- kosten darf. Der Gemeinderat hat jedoch den Eindruck, dass das Postulat in der heutigen Zeit überholt ist und dass wir in Zusammenarbeit mit dem VJF neue Wege gehen müssen. Danach wären wir gebunden, man könnte kein Konzept für die Jugendarbeit mehr präsentieren, welcher über Fr. 180'000.-- geht. Es ist richtig, was Sepp Muff gesagt hat. Das Votum, wenn diese Motionen nicht überwiesen werden, kann zu Folge haben, dass Sie gegen die Jugendarbeit sind. Ziehen Sie die Motion zurück. Wartet die Verhandlungen zwischen Gemeinderat und VJF ab und dann wird man sehen, wie es weiter geht.

Kurze Pause

Beratung der Motionäre betr. Rückzug der Motion

Widmer Matthias, Eusi Lüt & Grüne: Die Jungen Einwohnerräte ziehen beide Motionen zurück. Wir erwarten, dass innert eines Jahres mit dem Verein für Jugend und Freizeit ein gangbarer Weg ausgehandelt wird, welcher keinen Leistungsabbau zur Folge hat.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Ich danke Ihnen für Ihre engagierte Mitarbeit und wünsche allen eine gute Zeit bis zur nächsten Sitzung.

Für getreue Protokollführung:

Urs Kuhn, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.